

Bericht über die Solvabilität und Finanzlage (SFCR) 2023

schützen

Versicherungen
Vorsorge
Finanzen

planen

sparen

LVM Lebensversicherungs-AG (LVM-Leben)

Kolde-Ring 21
48151 Münster

Telefon: 0251 702-0
info@lvm.de
www.lvm.de

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis	5
A.1 Geschäftstätigkeit	5
A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis	6
A.3 Anlageergebnis	7
A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten	10
A.5 Sonstige Angaben	10
B Governance	11
B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System	11
B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit	15
B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung	18
B.4 Internes Kontrollsystem	22
B.5 Funktion der internen Revision	24
B.6 Versicherungsmathematische Funktion	26
B.7 Outsourcing	27
B.8 Sonstige Angaben	29
C Risikoprofil	30
C.1 Versicherungstechnisches Risiko	31
C.2 Marktrisiko	33
C.3 Kreditrisiko	38
C.4 Liquiditätsrisiko	39
C.5 Operationelles Risiko	41
C.6 Andere wesentliche Risiken	42
C.7 Sonstige Angaben	42
D Bewertung für Solvabilitätszwecke	43
D.1 Vermögenswerte	43
D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen	48
D.3 Sonstige Verbindlichkeiten	54
D.4 Alternative Bewertungsmethoden	57
D.5 Sonstige Angaben	57
E Kapitalmanagement	58
E.1 Eigenmittel	58
E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung	61
E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung	62
E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen	62
E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvvenzkapitalanforderung	62
E.6 Sonstige Angaben	62
Abkürzungsverzeichnis und Begriffserläuterung	63
Anhang Meldebögen	68

Zusammenfassung

Im Folgenden werden die Inhalte des Berichts über die Solvabilität und Finanzlage (SFCR) 2023 für LVM-Leben gemäß Art. 292 DVO zusammengefasst. Dabei werden etwaige wesentliche Änderungen in Bezug auf Geschäftstätigkeit und Leistung des Versicherungsunternehmens, sein Governance-System, sein Risikoprofil, die Bewertung für Solvabilitätszwecke und das Kapitalmanagement im Berichtszeitraum herausgestellt. Das aktive Rückversicherungsgeschäft wird von LVM-Leben nicht betrieben.

Die im Fließtext angegebenen Beträge sind in Tausend Euro, wenn nicht anders angegeben. Die Beträge wurden kaufmännisch gerundet.

Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

LVM-Leben mit Sitz in Münster ist Teil der LVM-Gruppe und betreibt das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft in der Lebensversicherung.

Im Geschäftsjahr 2023 erzielte LVM-Leben ein versicherungstechnisches Ergebnis von 12.862 Tsd. € (Vj. 27.089 Tsd. €). Dies entspricht einer Veränderung von -52,5% (Vj. +130,4%). Der Rückgang ergab sich im Wesentlichen aufgrund der im Vergleich zum Vorjahr hohen Abschreibungen auf Kapitalanlagen.

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen ohne Berücksichtigung der Veränderung der Bewertungsreserven betrug 46.512 Tsd. € (Vj. 235.577 Tsd. €). Dies entspricht einer Nettoverzinsung von 0,4% (Vj. 2,2%).

Bei den in diesem Abschnitt genannten Zahlen aus der Gewinn- und Verlustrechnung handelt es sich um Werte aus dem handelsrechtlichen Jahresabschluss.

Governance-System

Bei der Überprüfung des Governance-Systems von LVM-Leben im Jahr 2023 durch den Vorstand wurde kein wesentlicher Handlungsbedarf identifiziert, sodass alle Vorstandsmitglieder das Governance-System von LVM-Leben als angemessen und wirksam bewerteten. Am 22.10.2023 ist der Finanzvorstand verstorben. Die Leitung des Ressorts Finanzen wird seitdem kommissarisch durch die Ressortvorstände der Ressorts Vorsitz und Vorsorge wahrgenommen. Neben der Neubesetzung eines Aufsichtsratsmandats haben sich keine wesentlichen Änderungen des Governance-Systems im Jahr 2023 ergeben.

Risikoprofil

Die Grenze, ab wann ein Risiko im Rahmen des Wesentlichkeitskonzepts für quantifizierbare Risiken als wesentlich eingestuft wird, wird aus den jeweils zur Bedeckung der Risiken zur Verfügung stehenden Eigenmitteln abgeleitet. Daraus ergeben sich für LVM-Leben als wesentliche Unterrisikokategorien das Stornorisiko (versicherungstechnisches Risiko Leben) und das operationelle Risiko. Die Solvenzkapitalanforderung liegt insgesamt bei 135.018 Tsd. € (Vj. 141.428 Tsd. €). Das größte Teilrisiko zum Stichtag 31.12.2023 ist das Marktrisiko in Höhe von 116.831 Tsd. € (Vj. 62.820 Tsd. €). Das versicherungstechnische Risiko Leben beträgt 45.654 Tsd. € (Vj. 117.214 Tsd. €), das versicherungstechnische Risiko Kranken 46.678 Tsd. € (Vj. 45.121 Tsd. €) und das operationelle Risiko 42.226 Tsd. € (Vj. 39.742 Tsd. €). Stresstests und Szenarioanalysen zeigen weiterhin die Abhängigkeit von LVM-Leben von dem jeweiligen Zinsumfeld. Wesentliche Änderungen des

Risikoprofils haben sich unterjährig nicht ergeben. In Bezug auf die Solvenz- und Mindestkapitalanforderungen werden die Risiken grundsätzlich nach der Standardformel berechnet.

Bewertung für Solvabilitätszwecke

Bei der Aufstellung der Solvenzbilanz kommt es zu Bewertungsunterschieden gegenüber der Handelsbilanz. Diese liegen in den Bereichen der Kapitalanlagen, der sonstigen Vermögenswerte, der versicherungstechnischen Rückstellungen und der sonstigen Verbindlichkeiten. Die versicherungstechnischen Rückstellungen betragen bei LVM-Leben 8.442.149 Tsd. € (Vj. 7.571.145 Tsd. €). LVM-Leben verzichtet seit dem 31.10.2023 auf die Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen gem. §352 VAG. Das Volatility Adjustment wird weiterhin verwendet. Ohne Anwendung des Volatility Adjustments belaufen sich die versicherungstechnischen Rückstellungen auf 8.473.370 Tsd. € (Vj. 8.224.617 Tsd. €). Eine Änderung der Bewertungsmethodik zum Vorjahr gibt es nicht. Der Anstieg bei den versicherungstechnischen Rückstellungen beruht vor allem auf dem Wegfall des Abzugsterms („Rückstellungs-Transitional“) gemäß Artikel 308 d der Richtlinie 2009/138/EG.

Kapitalmanagement

Insgesamt ergaben sich für LVM-Leben zum 31.12.2023 Basiseigenmittel in Höhe von 964.765 Tsd. € (Vj. 1.409.770 Tsd. €) sowie ergänzende Eigenmittel von 150.000 Tsd. € (Vj. 150.000 Tsd. €). Sämtliche Basiseigenmittel fallen in die Tier 1-Kategorie, die ergänzenden Eigenmittel in die Tier 2-Kategorie. Die Solvenzkapitalanforderung von LVM-Leben beträgt zum Ende des Berichtszeitraums 135.018 Tsd. € (Vj. 141.428 Tsd. €), welche zu einer Solvenzquote von 765% (Vj. 1047%) führt. Die Mindestkapitalanforderung liegt bei 60.758 Tsd. € (Vj. 63.643 Tsd. €). Die MCR-Bedeckungsquote beträgt 1588% (Vj. 2215%).

A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

A.1 Geschäftstätigkeit

Die LVM Lebensversicherungs-AG Münster ist eine Aktiengesellschaft.

Für die Finanzaufsicht zuständige Aufsichtsbehörde für den Einzelabschluss sowie für die Gruppe:

Anschrift der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht:

Graurheindorfer Str. 108 53117 Bonn

alternativ:

Postfach 1253
53002 Bonn

Kontaktdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht:

Fon: 0228 4108-0
Fax: 0228 4108-1550

E-Mail: poststelle@bafin.de oder De-Mail: poststelle@bafin.de-mail.de

Externer Abschlussprüfer:

PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Florian Möller
Partner
Alsterufer 1
20354 Hamburg

Fon: 0170 3194860
E-Mail: moeller.florian@pwc.com

Mutterunternehmen von LVM-Leben sowie oberstes Mutterunternehmen der LVM-Gruppe ist der LVM Landwirtschaftliche Versicherungsverein Münster a.G. Die Beteiligungsquote beträgt 100%. LVM-Leben hält keine wesentlichen Beteiligungen.

Das räumliche Geschäftsgebiet erstreckt sich nahezu ausschließlich auf die Bundesrepublik Deutschland. LVM-Leben betreibt ausschließlich das Geschäft der Lebensversicherung.

Wesentliche Ereignisse im Berichtszeitraum

Im Geschäftsjahr ist das Kapitalanlagenergebnis insbesondere durch hohe Abschreibungen im Immobilienbereich geprägt. Weitere wesentliche Ereignisse gab es nicht.

A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über das handelsrechtliche versicherungstechnische Ergebnis des Geschäftsjahres und einen Vergleich zum Vorjahr.

Vergleich Geschäftsjahr/Vorjahr				
Geschäftsbereiche: Lebensversicherungsverpflichtungen	Gesamt	Kranken- versicherung (Invaliditätsver- sicherungen)	Versicherung mit Überschuss- beteiligung	Indexgebundene und fondsgebundene Versicherung
2023 in Tsd. €				
Beiträge	877.402	152.556	629.326	95.521
+ Erträge aus Kapitalanlagen	92.180	2.884	50.295	39.002
- Versicherungsleistungen	673.049	11.731	640.118	21.200
- Zuführung zur Deckungsrückstellung	192.760	27.455	67.955	97.350
- Abschlusskosten	76.687	29.164	19.159	28.364
- Verwaltungskosten	13.800	2.565	9.736	1.499
+ Sonstiges	13.112	7.512	-393	5.993
- Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung	13.537	13.337	0	200
= Versicherungstechnisches Ergebnis	12.862	78.700	-57.741	-8.097
Vorjahr in Tsd. €				
Beiträge	933.209	155.686	696.916	80.606
+ Erträge aus Kapitalanlagen	205.499	14.786	222.726	-32.013
- Versicherungsleistungen	675.473	46.091	612.496	16.886
- Zuführung zur Deckungsrückstellung	201.901	31.770	149.553	20.578
- Abschlusskosten	71.974	28.257	21.470	22.247
- Verwaltungskosten	14.588	2.618	10.595	1.375
+ Sonstiges	10.938	7.063	-2.699	6.574
- Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung	158.622	56.877	101.545	200
= Versicherungstechnisches Ergebnis	27.089	11.922	21.285	-6.118
Veränderung zum Vorjahr in Tsd. €				
Beiträge	-55.806	-3.130	-67.591	14.914
+ Erträge aus Kapitalanlagen	-113.318	-11.902	-172.431	71.014
- Versicherungsleistungen	-2.423	-34.360	27.622	4.314
- Zuführung zur Deckungsrückstellung	-9.141	-4.315	-81.599	76.773
- Abschlusskosten	4.713	907	-2.310	6.116
- Verwaltungskosten	-788	-53	-859	124
+ Sonstiges	2.174	448	2.306	-580
- Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung	-145.085	-43.540	-101.545	0
= Versicherungstechnisches Ergebnis	-14.227	66.778	-79.025	-1.980
Veränderung zum Vorjahr in %				
Beiträge	-6,0%	-2,0%	-9,7%	18,5%
+ Erträge aus Kapitalanlagen	-55,1%	-80,5%	-77,4%	-221,8%
- Versicherungsleistungen	-0,4%	-74,5%	4,5%	25,6%
- Zuführung zur Deckungsrückstellung	-4,5%	-13,6%	-54,6%	373,1%
- Abschlusskosten	6,5%	3,2%	-10,8%	27,5%
- Verwaltungskosten	-5,4%	-2,0%	-8,1%	9,0%
+ Sonstiges	19,9%	6,3%	-85,4%	-8,8%
- Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung	-91,5%	-76,6%	-100,0%	0,0%
= Versicherungstechnisches Ergebnis	-52,5%	560,1%	-371,3%	32,4%

Im Geschäftsbereich "indexgebundene und fondsgebundene Versicherung" folgt die Position "Erträge aus Kapitalanlagen" im Wesentlichen den Kursveränderungen der zugrunde liegenden Fonds. Der vergleichsweise junge Geschäftsbereich "indexgebundene und fondsgebundene Versicherung" wird immer noch von einem starken Neugeschäft geprägt. Die Beitragseinnahme wuchs hier am deutlichsten.

Das versicherungstechnische Ergebnis war trotz einer deutlich kleineren Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung infolge geringerer Kapitalerträge rückläufig. Im Vorjahr ergab sich eine besonders hohe Beitragseinnahme durch das Auflösen der Position „Beitragsüberträge“, welche, bedingt durch die technische Überführung von Versicherungsverträgen in ein neues Verwaltungssystem, in der Position „Deckungsrückstellung“ bilanziert wurde. Der Anstieg der Kosten im Geschäftsbereich "indexgebundene und fondsgebundene Versicherung" beruht auf dem weiter erhöhten Neugeschäft bzw. dem dort besonders starken Bestandswachstum. Die im Vergleich zum Vorjahr geringere Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung ergab sich trotz rückläufiger Zinszusatzreserve aufgrund relativ hoher Abschreibungen auf Kapitalanlagen insbesondere im Geschäftsbereich "Versicherung mit Überschussbeteiligung". Der Bereich "Krankenversicherung" wurde von deutlich geringeren Versicherungsleistungen geprägt. Aus der Gegenüberstellung des tatsächlichen und des rechnungsmäßigen Verlaufs von Risiko und Kosten geht hervor, dass LVM-Leben in diesen Bereichen Überschüsse erwirtschaftet. Das versicherungstechnische Ergebnis wurde ausschließlich im Inland erwirtschaftet.

A.3 Anlageergebnis

Das Kapitalanlagejahr 2023 war geprägt durch deutliche Zugewinne an den Aktien und Rentenmärkten. Hauptgrund war der Rückgang der Inflation. In Deutschland haben sich im Dezember 2023 die Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahresmonat um 3,7% erhöht, zu Jahresbeginn 2023 lag dieser Wert noch bei über 8%.

Die Europäische Zentralbank hat ihren Einlagensatz 2023 weitere sechs Mal um in Summe 200 Basispunkte erhöht, diesen dann jedoch seit Oktober unverändert gelassen.

Der deutsche Aktienindex DAX gewann 20%, der US-Index S&P 500 aufgrund des größeren Anteils an Technologiewerten sogar 26%.

Vom Rückgang der Inflation bei gleichzeitig schwacher Konjunktur konnten auch Rentenmärkte profitieren. Die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen sank 2023 um 55 Basispunkte auf 2,0%. Investitionen in Staats- und Unternehmensanleihen verzeichneten dadurch Kurssteigerungen.

Ein schwieriges Jahr war am Immobilienmarkt zu verzeichnen. Die hohe Inflation ließ das Zinsniveau im Vergleich zu den Vorjahren und damit die Finanzierungskosten deutlich ansteigen, was in Verbindung mit Fördermittelbegrenzungen für den Neubau negative Auswirkungen auf die Nachfrage hatte und die Umsetzung von Projekten erschwerte.

Im Geschäftsjahr erzielte LVM-Leben ohne Berücksichtigung der Veränderung der Bewertungsreserven ein Nettoergebnis aus Kapitalanlagen von 46.512 Tsd. €

(Vj. 235.577 Tsd. €). Die Summe der Erträge aus Kapitalanlagen (277.513 Tsd. €; Vj. 318.697 Tsd. €) ist im Vergleich zum Vorjahr aufgrund geringerer laufender Erträge (237.729 Tsd. €; Vj. 307.869 Tsd. €) sowie geringerer Zuschreibungen (4.579 Tsd. €; Vj. 7.583 Tsd. €) gesunken. Die Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen stiegen auf 35.206 Tsd. € (Vj. 3.245 Tsd. €). Die Aufwendungen für Kapitalanlagen (231.001 Tsd. €; Vj. 83.120 Tsd. €) sind gegenüber dem Vorjahr aufgrund der deutlich höherer Abschreibungen (205.730 Tsd. €; Vj. 17.526 Tsd. €) gestiegen. Sinkende Zinsen und Kursgewinne an den Aktienmärkten, aber gleichzeitig ein schwieriges Umfeld am Immobilienmarkt prägten das Kapitalanlageergebnis im abgelaufenen Geschäftsjahr. Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen erreichte im Geschäftsjahr einen Wert von 0,4% und liegt damit unter dem Ergebnis des Vorjahres von 2,2%.

Vergleich Anlageergebnis Geschäftsjahr/Vorjahr		
	2023	2022
	Tsd. €	Tsd. €
Erträge aus Kapitalanlagen		
Laufende Erträge	237.729	307.869
Zuschreibungen	4.579	7.583
Gewinne aus Abgang	35.206	3.245
Zwischensumme	277.513	318.697
Aufwendungen für Kapitalanlagen		
Verwaltungsaufwendungen und sonstige Aufwendungen	16.057	11.246
Abschreibungen	205.730	17.526
Verluste aus Abgang	9.214	54.348
Zwischensumme	231.001	83.120
Kapitalanlageergebnis	46.512	235.577

Die nachfolgende Tabelle zeigt das handelsrechtliche Anlageergebnis 2023 aufgeschlüsselt nach Bilanzposten der Solvenzbilanz. Für die einzelnen Bilanzposten sind die Ergebnisse aufgeteilt nach ordentlichen Erträgen, Gewinnen und Verlusten aus dem Abgang von Kapitalanlagen sowie den gebuchten Zu- und Abschreibungen.

Anlageergebnis Geschäftsjahr 2023							
Bilanzposten Tsd. €	Solvenz- bilanz	Laufende Erträge	Gewinne aus Abgang	Verluste aus Abgang	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Anlage- ergebnis
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	222.995	10.259	0	0	0	4.003	6.256
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschl. Beteiligungen	127.289	2.651	0	0	0	105	2.546
Aktien - notiert	5.477	0	0	0	1.119	135	984
Aktien - nicht notiert	49.195	2.855	16.279	0	0	36.458	-17.325
Staatsanleihen	4.137.129	75.207	3	2.770	204	0	72.644
Unternehmensanleihen	2.454.955	65.445	0	4.063	174	146.450	-84.894
Strukturierte Schuldtitel	0	0	0	0	0	0	0
Besicherte Wertpapiere	0	0	0	0	0	0	0
Organismen für gemeinsame Anlagen	1.654.323	70.151	18.588	1.858	3.082	18.457	71.506
Derivate*	0	0	0	0	0	0	0
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente	122.367	3.886	41	523	0	121	3.283
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	429.811	0	294	0	0	0	294
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	413.510	6.149	0	0	0	0	6.149
Sonstige Darlehen und Hypotheken	35.300	892	0	0	0	0	892
Policendarlehen	2.715	234	0	0	0	0	234
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	1.208	0	0	0	0	0	0
Summe	9.656.273	237.729	35.206	9.214	4.579	205.730	62.569

* Bei den Derivaten besteht ein negativer Solvenzbilanzwert in Höhe von 144.437 Tsd. €, der unter den Verbindlichkeiten ausgewiesen wird.

Die Verwaltungsaufwendungen und die sonstigen Aufwendungen für die Kapitalanlagen sind nicht in der Tabelle enthalten und betragen für das Geschäftsjahr 16.057 Tsd. € gegenüber 11.246 Tsd. € im Vorjahr. Die nicht realisierten Gewinne und Verluste aus fondsgebundenen Verträgen betragen im Geschäftsjahr 42.868 Tsd. € bzw. 37 Tsd. € (Vj. 0 Tsd. € bzw. 30.078 Tsd. €).

Der Bilanzposten Staatsanleihen enthält insbesondere Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen deutscher Bundesländer und Förderbanken (z. B. der NRW.Bank), Anleihen deutscher Bundesländer und europäischer Staaten sowie Anleihen und Namensschuldverschreibungen supranationaler Emittenten (z. B. der Europäischen Investitionsbank). Der Bilanzposten Unternehmensanleihen enthält insbesondere von Kreditinstituten begebene Pfandbriefe, Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen.

Die Gesamtsumme der laufenden Erträge belief sich für das Geschäftsjahr auf 237.729 Tsd. € (Vj. 307.869 Tsd. €). Davon entfielen 75.207 Tsd. € auf Staatsanleihen, 70.151 Tsd. € auf den Bilanzposten Organismen für gemeinsame Anlagen und 65.445 Tsd. € auf Unternehmensanleihen.

Die Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen überstiegen mit 35.206 Tsd. € die Abgangsverluste von 9.214 Tsd. € um 25.992 Tsd. €. Die Zuschreibungen der Kapitalanlagen lagen mit 4.579 Tsd. € deutlich unter den gebuchten Abschreibungen von 205.730 Tsd. €.

In den Abschreibungen sind planmäßige Abschreibungen auf Immobilien in Höhe von 4.003 Tsd. € enthalten. Unter Herausrechnung dieser planmäßigen Abschreibungen wurde ein außerordentliches Kapitalanlageergebnis von -171.156 Tsd. € (Vj. -57.042 Tsd. €) erzielt. Außerordentliche Abschreibungen auf Unternehmensanleihen von Immobilienunternehmen trugen maßgeblich zu diesem Ergebnis bei.

LVM-Leben weist wie im Vorjahr keine direkt im Eigenkapital erfassten Gewinne und Verluste aus.

Im Geschäftsjahr 2023 waren wie in den Vorjahren keine Anlagen in Verbriefungen im Bestand.

A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

Sonstige wesentliche Erträge und Aufwendungen sind für den Berichtszeitraum nicht zu berichten. Wesentliche Leasingvereinbarungen liegen nicht vor.

A.5 Sonstige Angaben

Weitere wesentliche Informationen über die Geschäftstätigkeit und das Ergebnis sind für den Berichtszeitraum nicht zu berichten.

B Governance

B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System

Vorstand LVM-Leben

LVM-Leben ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft des LVM Landwirtschaftlichen Versicherungsvereins Münster a. G. (LVM a. G.). Zwischen LVM-Leben (abhängiges Unternehmen) und dem LVM a. G. (beherrschendes Unternehmen) besteht ein Abhängigkeitsverhältnis im Sinne von § 17 Aktiengesetz. LVM-Leben mit Sitz in Münster wird aktuell von 5 Vorstandsmitgliedern geleitet. Die Aufgabenverteilung innerhalb des Vorstands erfolgt auf Grundlage eines Geschäftsverteilungsplans. Die Mitglieder des Vorstands haben die Verantwortung für die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation. Die Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Verfahrensregeln des Vorstands von LVM-Leben sind entsprechend in einer Geschäftsordnung festgelegt. Ausschüsse im Vorstand wurden nicht gebildet.

Aufsichtsrat LVM-Leben

Der Aufsichtsrat von LVM-Leben besteht aktuell aus 6 Personen und bildet das Kontrollorgan von LVM-Leben. Er bestellt, überwacht und berät den Vorstand von LVM-Leben bei wichtigen Themenstellungen. Zudem wird er in für LVM-Leben wesentliche Entscheidungen eingebunden. Der Aufsichtsrat wird in regelmäßigen Sitzungen über die Unternehmensplanung sowie grundlegende Fragen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, die Risikolage und die Entwicklungen im konzernweiten Risikomanagement unterrichtet. Der Aufsichtsrat kann beschließen, dass aus seiner Mitte Ausschüsse gebildet werden. Für LVM-Leben ist derzeit folgender Ausschuss eingerichtet:

■ Prüfungsausschuss

Der Prüfungsausschuss hat die Aufgabe, sich mit der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des Risikomanagementsystems, des internen Revisionsystems und der Compliance sowie der Abschlussprüfung zu befassen.

Governance-System von LVM-Leben

Innerhalb von LVM-Leben ist der Vorstand für die Einrichtung der Governance-Funktionen und die Festlegung der Governance-Systematik verantwortlich. LVM-Leben ist in die Governance-Systematik der LVM-Versicherungsgruppe integriert. Darüber hinaus stellt der LVM a. G. LVM-Leben seinen Außendienst zur Akquisition und zur Betreuung der Kunden zur Verfügung, ferner das Innendienstpersonal zur Verkaufsförderung, Antrags-, Vertrags- und Leistungsbearbeitung sowie Büroräume und die zur Bewältigung aller Geschäftsvorgänge erforderlichen technischen Einrichtungen. Zudem sind u. a. die Aufgaben der Bereiche Portfolio Management, Rechnungswesen, Datenverarbeitung, interne Revision, die versicherungsmathematische Funktion sowie die Funktion des Risikomanagements und Compliance auf die Muttergesellschaft verlagert.

Aufgrund der bestehenden Aufbauorganisation sowie der damit verbundenen Kosten-Nutzen-Vorteile sind für LVM-Leben zuständige Vorstandsmitglieder als Ausgliederungsbeauftragte für die 4 Governance-Funktionen (versicherungsmathematische Funktion, unabhängige Risikocontrollingfunktion, Compliance-Funktion und Revisionsfunktion) benannt worden. Auf Vorstandsebene werden sämtliche relevante Informationen

entsprechend zusammengeführt. Neben der ausreichenden Betrachtung der Ausgliederungsrisiken wird somit ein übergreifender Blick über die jeweiligen Themengebiete sichergestellt. In der jeweiligen Funktion ist das jeweilige Vorstandsmitglied für die Überwachung der ordnungsgemäßen Durchführung der Schlüsselfunktion verantwortlich.

Die Governance-Struktur der LVM-Versicherungsgruppe und somit die von LVM-Leben und insbesondere die Ausgestaltung der Aufbau- und Ablauforganisation in Bezug auf das Risikomanagementsystem orientieren sich an der grundsätzlichen Systematik der „3 Verteidigungslinien“ (Three-Lines-of-Defence-Modell).

In der ersten Verteidigungslinie sind die operativen Geschäftseinheiten für die konkrete Risikosteuerung sowie die Implementierung eines internen Steuerungs- und Kontrollsystems in ihrer Abteilung verantwortlich. Hierbei haben sie die dafür jeweils geltenden externen Regelungen (Gesetze, BaFin-Rundschreiben etc.) sowie internen Vorgaben (z. B. aus den innerbetrieblichen Leitlinien) zu beachten.

Auf der zweiten Verteidigungslinie befinden sich 3 der 4 aufsichtsrechtlich geforderten Schlüsselfunktionen, die unabhängige Risikocontrollingfunktion, die versicherungsmathematische Funktion sowie die Compliance-Funktion. Diese Governance-Funktionen erfüllen im Rahmen ihrer aufsichtsrechtlich normierten Aufgaben insbesondere eine zentrale Überwachungs- und Beratungsfunktion. In dieser Funktion unterstützen sie den Vorstand bei der Erstellung der innerbetrieblichen Vorgaben für die operativen Geschäftsbereiche.

Unabhängige Risikocontrollingfunktion (uRCF) und Compliance-Funktion

Die unabhängige Risikocontrollingfunktion hat die zentrale Aufgabe, die Umsetzung des Risikomanagementsystems der LVM-Unternehmensgruppe maßgeblich zu fördern. Hauptziel der Compliance-Funktion ist es, systematisch dazu beizutragen, dass Verstöße gegen externe Regelungen vermieden bzw. wesentlich erschwert und eingetretene Verstöße erkannt und bearbeitet werden können. Die unabhängige Risikocontrollingfunktion und die Compliance-Funktion sind organisatorisch im IT-Ressort angesiedelt. Die unabhängige Risikocontrollingfunktion sowie die Compliance-Funktion sind ausdrücklich nicht für das Eingehen von Risiken oder die Steuerung von Risiken auf operativer Ebene verantwortlich. Hierdurch werden mögliche Interessenkollisionen von Beginn an vermieden.

Versicherungsmathematische Funktion (VmF)

Die versicherungsmathematische Funktion ist für die in §31 VAG genannten Aufgaben verantwortlich. Die versicherungsmathematische Funktion wird durch eine intern verantwortliche Person wahrgenommen, die bei der Erfüllung ihrer Aufgaben durch ein Gremium unterstützt wird. Die operationelle Unabhängigkeit wird unter anderem durch die Besetzung des Gremiums mit Personen aus unterschiedlichen Abteilungen/Bereichen gewahrt. Potenzielle Interessenkonflikte werden somit bei der Erfüllung der genannten Aufgaben neutralisiert.

Revisionsfunktion

Die interne Revisionsfunktion ist als letztinstanzliche interne Überprüfungs- und Beratungsfunktion angesiedelt (dritte Verteidigungslinie). Diese Revisionsfunktion ist in einer unabhängigen, übergeordneten Stabsabteilung angesiedelt und dem

Vorstandsvorsitzenden direkt unterstellt. Sie dient gleichzeitig der gesamten Geschäftsleitung als Instrument zur Erfüllung ihrer unternehmerischen und gesetzlichen Aufgaben und Verantwortungen. Die Revisionsfunktion ist unabhängig von den zu prüfenden Bereichen und Prozessen, um mögliche Interessenkonflikte zu vermeiden. In Ergänzung dazu werden keine Tätigkeiten durchgeführt, bei denen die Unabhängigkeit der Revisoren gefährdet sein könnte.

Die Schlüsselfunktionen arbeiten eng zusammen und üben ihre Tätigkeit auf der Basis jeweils einer vom Vorstand von LVM-Leben genehmigten Geschäftsordnung aus. Die jeweiligen Geschäftsordnungen legen neben der organisatorischen Einbindung in das Unternehmen die Aufgabenstellung und Ziele, die Rechte und Pflichten sowie die Zusammenarbeit mit Dritten fest. Die Inhalte der jeweiligen Geschäftsordnungen werden aufeinander abgestimmt.

Für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben steht den Schlüsselfunktionen ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht zu. Seitens der Geschäftsleitung wird sichergestellt, dass die quantitative und qualitative Personal- und Sachausstattung der Schlüsselfunktionen jederzeit so beschaffen ist, dass diese der Art und dem Umfang der Aufgaben gerecht wird.

Das Governance-System der LVM Versicherung unterliegt einer regelmäßigen – mindestens einmal jährlich erfolgenden – internen Überprüfung. Ziel der Überprüfung ist es, die Angemessenheit und Wirksamkeit des Governance-Systems zu beurteilen.

Angaben zu Vergütungsleitlinien, Vergütungsansprüchen und Vergütungspraktiken

Die Personalangelegenheiten der LVM-Gruppe werden von dem LVM a.G. wahrgenommen. Die entstehenden Personalkosten werden verursachungsgerecht auf die Unternehmen der LVM-Gruppe verteilt.

Die Vergütungssysteme stehen im Einklang mit den Strategien der Unternehmen der LVM-Gruppe. Die Vergütungssysteme für Geschäftsleitende und Mitarbeitende beinhalten keine negativen Anreize, die zum Eingehen unverhältnismäßig hoher Risiken oder zur Entstehung von Interessenkonflikten führen. Sie berücksichtigen die wesentlichen Risiken und deren Zeithorizont sowie den Erfolg des Einzelnen bzw. der einzelnen Organisationseinheit und den Gesamterfolg des Unternehmens angemessen.

Nachhaltigkeitsrisiken bilden einen Teil der berücksichtigten Risiken. Sie sind Bestandteil bestehender Risikokategorien bzw. wirken auf diese ein und werden nicht als eigenständige Risikokategorie betrachtet. Nachhaltigkeitsrisiken werden somit mittelbar im Rahmen des Risikomanagementsystems und der Geschäftspolitik der LVM-Gruppe berücksichtigt. Die Berücksichtigung von Risiken in der Vergütungspolitik für Geschäftsleitende erfolgt unter anderem durch Berücksichtigung der Solvenzquote der LVM-Gruppe. Eine unzureichende Kapitalausstattung oder schwerwiegende Pflichtverletzungen einzelner Vorstandsmitglieder können zur Reduktion oder zum Verfall variabler Vergütungsbestandteile führen.

Die Vergütungssysteme werden regelmäßig auf ihre Angemessenheit geprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Überprüfung erfolgt jeweils durch den Vorstand bzw. den

Aufsichtsrat mit Unterstützung der Abteilung Personal. Aufgrund der Größe der LVM-Gruppe und der internen Organisation wurde auf die Einrichtung unabhängiger Vergütungsausschüsse verzichtet.

Die Vergütung besteht regelmäßig aus festen und variablen Vergütungsbestandteilen. In Abhängigkeit der Funktion variiert das Verhältnis der vorgenannten Vergütungsbestandteile. Dieses Verhältnis ist stets ausgewogen, sodass der feste bzw. garantierte Vergütungsbestandteil einen ausreichend hohen Anteil ausmacht und die Abhängigkeit vom variablen Vergütungsbestandteil vermieden wird.

Mitglieder der Geschäftsleitung erhalten einen Anteil von 60% der variablen Vergütung erst mit einer zeitlichen Verzögerung von drei Jahren ausbezahlt. Bei Inhabern der Schlüsselfunktionen wird aufgrund der geringeren Höhe des variablen Vergütungsbestandteils auf eine Auszahlung mit zeitlicher Verzögerung verzichtet. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten keine variable Vergütung. Damit werden mögliche Fehlanreize und Interessenkonflikte vermieden.

Für die Bemessung der variablen Vergütung werden ergebnis- und performanceorientierte Ziele vereinbart. Diese berücksichtigen sowohl quantitative als auch qualitative Vorgaben. Bei den kollektiven Unternehmenszielen stehen Ertrags-, Wachstums- und Kostengrößen im Fokus. Diese werden regelmäßig um geschäftsbereichsbezogene Ziele ergänzt (z. B. Projektergebnisse, Prozessoptimierungen). Individuelle Erfolgskriterien bei Zielvereinbarungen stellen beispielsweise auf Aspekte der Kundenorientierung, der Nachhaltigkeit, der Einhaltung gesetzlicher Vorgaben und unternehmensinterner Richtlinien ab.

Den Mitgliedern der Geschäftsleitung, den Inhabern der Schlüsselfunktionen sowie allen Mitarbeitenden wurden betriebliche Altersversorgungszusagen erteilt. Die Art der Versorgungszusage ist abhängig vom Zeitpunkt des Unternehmensbeitritts bzw. vom Zeitpunkt der erstmaligen Bestellung zum Mitglied der Geschäftsleitung. Zuletzt erfolgten beitragsorientierte Leistungszusagen. Zuvor dominierten endgehalts- und dienstzeitabhängige Leistungszusagen. Die Zusagen bei Mitgliedern der Geschäftsleitung sind mit Übergangsgeldregelungen für den Fall fehlender Wiederbestellung ausgestattet.

Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden keine Altersversorgungszusagen erteilt.

Wesentliche Transaktionen im Berichtsjahr

Im Berichtszeitraum wurden die unter Punkt B.7 Outsourcing genannten ausgegliederten Funktionsbereiche von LVM-Leben in Anspruch genommen und die Kosten dafür vom Mutterunternehmen in Rechnung gestellt. Wesentliche Transaktionen mit Personen des Verwaltungs-, Management- oder Aufsichtsorgans, die einen signifikanten Einfluss auf die wirtschaftliche Lage des Unternehmens haben, liegen nicht vor.

Auf der Grundlage eines jährlichen Überprüfungsprozesses wird analysiert, ob mit dem LVM nahestehenden Personen (Vorstand, Aufsichtsrat, deren Angehörige, Geschäftsführer von Tochterunternehmen, Inhaber von Schlüsselfunktionen) wesentliche Geschäfte zu marktunüblichen Konditionen getätigt wurden. Die Überprüfung hat ergeben, dass im Berichtsjahr keine wesentlichen Geschäfte zu marktunüblichen Konditionen geschlossen worden sind.

B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit

Auf der Grundlage von §23 Abs. 3 VAG i. V. m. §24 VAG und unter Berücksichtigung der nachstehend genannten Verlautbarungen der BaFin haben die Vorstände und die Aufsichtsräte der LVM-Unternehmensgruppe diese Leitlinie verabschiedet (MaGo – Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Versicherungsunternehmen – Rundschreiben 2/2017 (VA) – der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vom 25.1.2017; BaFin-Merkblatt zur fachlichen Eignung und Zuverlässigkeit von Mitgliedern von Verwaltungs- oder Aufsichtsorganen gemäß VAG (6.12.2018))

Merkblatt zur fachlichen Eignung und Zuverlässigkeit von Geschäftsleitern gemäß VAG (6.12.2018)).

Mit der Leitlinie „Fit & Proper“ für Vorstände und Aufsichtsräte kommt die LVM Versicherung ihrer Verpflichtung nach, Rahmenbedingungen und Prozesse zu beschreiben, die sicherstellen, dass die aufsichtsrechtlichen Anforderungen in Bezug auf fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit für Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder im Unternehmen erfüllt werden.

Auf der Grundlage von §23 Abs. 3 VAG i. V. m. §24 VAG und unter Berücksichtigung des Merkblatts der BaFin zur fachlichen Eignung und Zuverlässigkeit von Personen, die für Schlüsselfunktionen verantwortlich oder für Schlüsselfunktionen tätig sind (vom 23.11.2016) haben die Gesamtvorstände der LVM-Gruppe die Leitlinie „Fit & Proper“ verabschiedet und weiterentwickelt. Mit dieser Leitlinie werden Rahmenbedingungen und Prozesse festgeschrieben, die die aufsichtsrechtlichen Anforderungen in Bezug auf fachliche Qualifikation („Gewährleistung eines soliden und vorsichtigen Managements“) und persönliche Zuverlässigkeit („zuverlässig und integer“) für die Schlüsselfunktionen interne Revision, Compliance, Risikocontrolling und versicherungsmathematische Funktion im Unternehmen erfüllen.

Anforderungen an die fachliche Qualifikation

Die spezifischen Anforderungen an die Fähigkeiten, Kenntnisse und Fachkunde nach §24 ff. VAG variieren inhaltlich für die Mitglieder des Vorstands und Aufsichtsrats sowie die Inhaber und Mitarbeitenden der Schlüsselfunktionen und sind für die jeweiligen verantwortlichen Inhaber und die in den jeweiligen Abteilungen tätigen Mitarbeitenden im Rahmen der Leitlinie Fit & Proper im Detail dargestellt.

Die erforderlichen fachlichen Qualifikationen für die Mitglieder des Vorstands und Aufsichtsrats sind mindestens:

Vorstand

Der Vorstand muss in seiner Gesamtheit über angemessene Qualifikationen, Erfahrungen und Kenntnisse in zumindest folgenden Bereichen verfügen:

- Versicherungs- und Finanzmärkte
- Geschäftsstrategie und Geschäftsmodell
- Governance-System

- Finanzanalyse und versicherungsmathematische Analyse
- Regulatorischer Rahmen und regulatorische Anforderungen

Dabei ist zu beachten, dass jedes einzelne Mitglied der Geschäftsleitung über ausreichende Kenntnisse aller Geschäftsbereiche verfügen muss, um eine entsprechende Kontrolle zu gewährleisten. Bei einer ressortbezogenen Spezialisierung wie bei der LVM-Gruppe sind für die konkrete Ressortzuständigkeit des einzelnen Vorstandsmitglieds vertiefte Kenntnisse erforderlich.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat muss in seiner Gesamtheit über angemessene Qualifikationen, Erfahrungen und Kenntnisse in zumindest folgenden Bereichen verfügen:

- Versicherungs- und Finanzmärkte
- Geschäftsstrategie und Geschäftsmodell
- Governance-System
- Finanzanalyse und versicherungsmathematische Analyse
- Regulatorischer Rahmen und regulatorische Anforderungen

Die erforderlichen fachlichen Qualifikationen für die in den Schlüsselfunktionen tätigen Mitarbeitenden sind mindestens:

Risikomanagement:

- abgeschlossenes Hochschulstudium (vorzugsweise Betriebswirtschaft oder Mathematik) oder
- eine abgeschlossene kaufmännische Ausbildung (oder vergleichbare Ausbildung)
- Kenntnisse über Risikostruktur und die wesentlichen Prozesse des Unternehmens
- aktuelles fachspezifisches Wissen, insbesondere über die Anforderungen an ein aufsichtsrechtliches Risikomanagementsystem für Versicherungsunternehmen

Compliance:

- abgeschlossenes Hochschulstudium (vorzugsweise Betriebswirtschaft oder Rechtswissenschaft) oder
- eine abgeschlossene kaufmännische Ausbildung (oder vergleichbare Ausbildung)
- Kenntnisse über Risikostruktur und die wesentlichen Prozesse des Unternehmens
- aktuelles funktionsspezifisches Wissen im Bereich Compliance

Interne Revision:

- abgeschlossenes Hochschulstudium (vorzugsweise Betriebswirtschaft, Mathematik oder Rechtswissenschaft) oder
- eine abgeschlossene kaufmännische Ausbildung (oder vergleichbare Ausbildung)

- idealerweise Berufserfahrung in einer Revisionsabteilung der Versicherungs- oder Finanzdienstleistungsbranche
- Kenntnisse über Risikostruktur und die wesentlichen Prozesse des Unternehmens
- aktuelles revisionspezifisches Wissen

Versicherungsmathematische Funktion:

- angemessene Kenntnisse der Versicherungs- und der Finanzmathematik (Studium Mathematik, ggf. Aktuar)
- einschlägige Erfahrungen zu den maßgeblichen fachlichen und sonstigen Standards
- Wissen über Art, Umfang und Komplexität der Risiken des Versicherungsunternehmens

Die jeweiligen Inhaber der Schlüsselfunktionen sollten neben einer mindestens 3-jährigen Berufserfahrung im relevanten Bereich, zusätzlich über eine 3-jährige Führungserfahrung verfügen.

Soweit Ausgliederungsbeauftragte Inhaber von Schlüsselfunktionen sind, so müssen sie gleichsam über die o. g. fachlichen Qualifikationen verfügen, die es ihnen damit ermöglicht, die Wahrnehmung der ausgegliederten Funktion zu überwachen und zu bewerten.

Eine (Vor-) Tätigkeit in anderen Branchen, in der öffentlichen Verwaltung oder aufgrund von politischen Mandaten kann die fachliche Eignung begründen, wenn sie über einen längeren Zeitraum maßgeblich auf wirtschaftliche oder rechtliche Fragestellungen ausgerichtet und nicht völlig nachgeordneter Natur war oder ist.

Auswahl

Zur Stellenbesetzung wendet die LVM-Gruppe mehrstufige Auswahlverfahren an, in denen neben den fachlichen Qualifikationen auch weitergehende persönliche Kompetenzen oder bei Leitungsfunktionen auch Führungskompetenzen geprüft werden. Der Auswahlprozess erfolgt bei der LVM-Gruppe dabei im Rahmen der definierten Auswahlrichtlinien. Es können verschiedene Auswahlinstrumente genutzt werden, die je nach Stelle und Anforderungen differieren. Die konkrete Vorgehensweise orientiert sich an den jeweiligen Anforderungen der zu besetzenden Stelle. Bei der LVM werden folgende Auswahlinstrumente angewandt:

- Teilstrukturiertes Interview mit situativen Fallbeispielen anhand des LVM-Kompetenzmodells
- Fach- und/oder Selbstpräsentation
- Rollenspiel
- Fallstudie zu Fach- und/oder Führungsthemen

Die persönlichen und zuvor beschriebenen fachlichen Anforderungen an die Stelle ergeben sich aus den jeweiligen Aufgabengebieten und werden vor der Ausschreibung gemeinsam mit der Fachabteilung und Abteilung Personal final abgestimmt.

Die finale Besetzungsentscheidung bei den Schlüsselfunktionen erfolgt grundsätzlich mit Beteiligung des Vorstands.

Sicherstellung der Qualifikation im Zeitablauf

Die Beurteilung der fachlichen Eignung ist nicht auf den Zeitpunkt der Auswahl bzw. der Bestellung bzw. Aufgabenzuweisung der betroffenen Personen beschränkt. Insbesondere legt die LVM-Gruppe Wert darauf, dass eine stetige Weiterbildung erfolgt, sodass die Personen imstande sind, die sich wandelnden bzw. steigenden Anforderungen in Bezug auf ihre Aufgaben im Unternehmen zu erfüllen.

Zur Überprüfung erhält die Unternehmensleitung einen jährlichen Bericht über die durchgeführten Qualifizierungsmaßnahmen.

Persönliche Zuverlässigkeit

In der Leitlinie sind im Weiteren die Anforderungen an die persönliche Zuverlässigkeit („proper“) von Inhabern und Mitarbeitenden von Schlüsselfunktionen im Detail beschrieben. Die Beurteilung der persönlichen Zuverlässigkeit erfolgt durch eine detaillierte Prüfung des Lebenslaufs inklusive aller Zeugnisse und Weiterbildungsnachweise. Darüber hinaus sind alle Dokumente zusätzlich im Original vorzulegen. Auf diesem Wege erfolgt gleichzeitig eine Prüfung auf mögliche Interessenkonflikte im Hinblick auf die auszuübende Funktion. Weiterhin sind behördliche Nachweise (mindestens polizeiliches Führungszeugnis entsprechend den Regelungen der §§ 30 ff. Bundeszentralregistergesetz [BZRG]) im Rahmen der Bewertung vorzulegen. Der Nachweis wird bei Inhabern von Schlüsselfunktionen mittels der Vorlage eines Führungszeugnisses entsprechend den Regelungen der §§ 30 ff. Bundeszentralregistergesetz (BZRG) (Führungszeugnis zur Vorlage bei einer Behörde, § 30 Abs. 5 BZRG) geführt. Das Behördenführungszeugnis wird vom Bundesamt für Justiz (BfJ) unmittelbar an die BaFin übersandt.

Im Zeitablauf gelten dann weitergehende Regelungen zur selbstverpflichtenden und aktiven Information (an den Leiter der Abteilung Personal) bei einschlägigen Änderungen in relevanten Rechtsgebieten.

B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

Ziele des Risikomanagements

Das Risikomanagement von LVM-Leben verfolgt den systematischen Ansatz, einen risikobasierten möglichen Handlungsbedarf frühzeitig zu erkennen. Die Früherkennung dieses Handlungsbedarfs ermöglicht es, die Risikohandhabung und Chancennutzung optimal zu planen sowie effektiv und effizient zu realisieren. Dementsprechend ist ein effektives Risikomanagement von zentraler Bedeutung.

Risikoorganisation

Für LVM-Leben wird ein systematischer Risikomanagementprozess zur Identifizierung, Überwachung und Steuerung bestandsgefährdender und wesentlicher Risiken eingesetzt. Hierbei nimmt die Abteilung RüC als eine der 4 obligatorisch einzurichtenden Schlüsselfunktionen die uRCF wahr. Die Aufgaben und Befugnisse der uRCF ergeben sich im Wesentlichen aus den Anforderungen des VAG, der DVO sowie der MaGo.

Zur Sicherstellung des systematischen Risikomanagementprozesses sowohl auf Einzel- als auch auf aggregierter Ebene wurde für LVM-Leben zudem ein mehrstufiges System von Risikokomitees eingerichtet. Diese Komitees existieren auf Konzern-, Ressort- und Abteilungsebene.

Risikobewertung – aggregierte Sicht

Die unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung sowie die Solvenzberechnungen basieren bei LVM-Leben auf der Standardformel. Somit werden innerhalb dieser Berechnungen im Rahmen des ORSA-Prozesses auf aggregierter Ebene die Solvency II-Risikokategorien

- Marktrisiko (inkl. Spreadrisiko),
- Ausfallrisiko,
- versicherungstechnisches Risiko und
- operationelles Risiko

unmittelbar berücksichtigt.

Das Konzentrationsrisiko ist sowohl innerhalb des Marktrisikos als auch innerhalb der versicherungstechnischen Risiken abgebildet. In der Quantifizierung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs sind die Risikokategorien Liquiditätsrisiko, Reputationsrisiko und das strategische Risiko nicht berücksichtigt, sie werden jedoch qualitativ beschrieben. Der Fokus liegt hierbei auf den Risikosteuerungsmaßnahmen.

Risikobewertung – Einzelrisikoebene: Risikoinventur

Die Durchführung einer Jahres-Risikoinventur sowie von Quartals-Risikoinventuren in Zusammenarbeit der uRCF und allen Abteilungen bilden einen zentralen Bestandteil des Risikomanagementprozesses. Dabei werden die Risiken auf Ebene der Einzelrisiken durch die Risikoverantwortlichen identifiziert, bewertet und mit Maßnahmen versehen, welche die Eintrittshäufigkeit und Auswirkungshöhe reduzieren.

Die Ergebnisse der Risikoinventur werden in den Ressort-Risikokomitees und aggregiert in den Konzern-Risikokomitees vorgestellt, diskutiert und validiert.

Zudem führt die uRCF eine quartalsweise Risikoinventur durch und fragt ab, ob sich eine wesentliche Veränderung der Risikolage der jeweiligen Abteilungen ergeben hat.

Für die jeweiligen Risikopositionen wird eine aktive Risikosteuerung auf operativer Ebene durchgeführt. Soweit möglich und sinnvoll werden die Maßnahmen zur Risikosteuerung dabei bereits im Vorfeld entwickelt und dokumentiert.

Limit- und Schwellenwertsystem

Ein weiteres zentrales Element des Risikomanagementsystems ist die Definition von Risikoindikatoren und die Festlegung von Schwellenwerten im Rahmen eines operativen Limitsystems (Frühwarnsystem). Die Risikosteuerung und -überwachung wird auf Ebene der Risikokategorien – wo sinnvoll und möglich – durch die Verabschiedung von Schwellenwerten durch den Vorstand operationalisiert. Die Implementierung dieser Schwellenwerte erfolgt konservativ und wird konsistent mit der Risikostrategie vorgenommen. Zur

Visualisierung dieser Schwellenwerte werden Ampelsysteme eingesetzt. Überschreitet ein Risikoindikator einen Schwellenwert, kann sich isoliert oder in Verbindung mit weiteren Risiken ein wesentliches oder bestandsgefährdendes Risiko verwirklichen. Spätestens das Überschreiten eines Schwellenwerts setzt einen Eskalationsprozess in Gang, mit dem geeignete Maßnahmen zur Risikoreduzierung eingeleitet werden. Durch dieses System ist es möglich, schnell und der Situation angemessen zu reagieren und somit die Risiken für die Gruppe weiter zu minimieren. Grundsätzlich gelten die Eskalationsprozesse synonym für alle Risikokategorien des Unternehmens. Hierbei wird zwischen dem Überschreiten einer gelben, orangenen und roten Schwelle unterschieden.

Die Auslastung der verschiedenen operativen Risikolimits wird – genau wie die Ergebnisse der quartalsweisen Risikoinventur – im Rahmen des durch die uRCF erstellten Risiko-Quartalsberichts dargelegt. Neben den Risikolimits werden wesentliche Veränderungen der Risikolage beschrieben. Der Risiko-Quartalsbericht wird allen risikoverantwortlichen Abteilungsleitungen sowie dem Vorstand zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wird der Vorstand regelmäßig über die Auslastung der operativen Risikolimits mit Hilfe einer Status-E-Mail informiert.

Die uRCF entwickelt in Abstimmung mit dem Vorstand das Risikomanagementsystem stetig weiter und nutzt dabei interne und externe Impulse zur Anpassung der bestehenden Prozesse. Wesentliche Erweiterungen der Risikomanagementprozesse werden im Konzern-Risikokomitee vorgestellt und nach einem entsprechenden Vorstandsbeschluss umgesetzt.

Neben der Berichterstattung über die Risikolage des Unternehmens berät die uRCF andere Abteilungen des Unternehmens in Risikothemen und erstellt für wesentliche Unternehmensentscheidungen, wie z. B. die Einführung neuer Produkte, unabhängige Stellungnahmen aus Risikosicht, die der Vorstand im Rahmen seiner Entscheidungsfindung berücksichtigt.

Die Funktionsfähigkeit und die aufsichtsrechtlich definierten Vorgaben sämtlicher Bestandteile des Risikomanagementsystems sowie der Geschäftsprozesse werden durch die Einrichtung eines umfangreichen IKS gewährleistet, das jede Abteilung bzw. jeder Bereich von LVM-Leben dokumentiert hat.

Die Gesamtheit der Risikomanagementprozesse zur systematischen Identifizierung, Überwachung und Steuerung bestandsgefährdender und wesentlicher Risiken hat das Ziel, den Fortbestand und die Ertragskraft von LVM-Leben auch in der Zukunft sicherzustellen.

ORSA

Der ORSA-Prozess wird bei LVM-Leben einmal jährlich parallel zur Geschäftsplanung durchgeführt. Er setzt sich aus der Risikoinventur, der Quantifizierung des OCR im Rahmen von Mehrjahresprojektionen sowie der Quantifizierung des OCR über den Einjahreshorizont zusammen. Dabei werden in der Risikoinventur die Risiken auf Ebene der Einzelrisiken durch die Risikoverantwortlichen identifiziert und mit Maßnahmen zur Minderung der Eintrittshäufigkeit und Maßnahmen zur Minderung der Auswirkungshöhe versehen. Die innerhalb der Risikoinventur betrachteten Risiken werden über die Risikokategorien aggregiert und mit den in der Quantifizierung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs berücksichtigten Risiken abgeglichen.

Die Risikoinventur findet parallel zur ersten Planungsrunde in der Mitte des Jahres statt, sodass ein Abgleich der berücksichtigten Risiken vor der Durchführung der Projektionen stattfinden kann. Die Quantifizierung der Risiken im Rahmen der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung über den Geschäftsplanungszeitraum im Rahmen von Mehrjahresprojektionen werden im Anschluss an und basierend auf der ersten Planungsrunde der strategischen Planung durchgeführt. Die erste Planungsrunde endet mit einer Vorstandsklausurtagung. In dieser wird grundsätzlich auch die Vorgehensweise des ORSA-Prozesses vom Vorstand diskutiert und verabschiedet. Die im Anschluss zur Vorstandsklausur durchgeführten Projektions- und Stichtagsberechnungen beginnen im vierten Quartal und basieren auf den gemäß der strategischen Planung projizierten Bilanzen für die betrachteten Folgejahre. Die Ergebnisse der Projektionen werden dem Vorstand im Rahmen der zweiten Vorstandsklausur vorgestellt und vom Vorstand plausibilisiert und hinterfragt. Somit kann er die strategische Planung aus Risikosicht beurteilen. Sollten sich im Rahmen der zweiten Planungsrunde zwischen den beiden Vorstandsklausuren Änderungen in der Planung ergeben, die wesentlichen Einfluss auf die Solvabilitätsbeurteilung haben, werden diese gegebenenfalls auch in einem Ad-hoc-ORSA angemessen berücksichtigt. Im Anschluss werden die Ergebnisse in einem ORSA-Bericht dokumentiert, der im ersten Quartal der deutschen Aufsichtsbehörde BaFin zugesendet wird.

Insgesamt wird der ORSA-Prozess von LVM-Leben als rollierender Prozess definiert. Zunächst werden strategische Vorgaben gemacht und im weiteren Verlauf des Prozesses wird analysiert, ob diese erreicht wurden und ob gegebenenfalls Maßnahmen zu ergreifen sind, die Anpassungen am ORSA-Prozess notwendig machen. In der Regel ist eine Kombination aus unterschiedlichen kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen erforderlich, um die gewünschten Ziele zu erreichen. Unter die Steuerungsmaßnahmen fallen sowohl die Zielkorridore, welche in der Risikostrategie festgelegt werden, als auch das Kapitalmanagement, welches zur Steuerung der Solvabilität zum Einsatz kommt. Als weitere zentrale Steuerungsmöglichkeit wird das Rückversicherungsprogramm gesehen. Sämtliche gezogene Erkenntnisse bilden die Grundlage für den ORSA-Prozess des folgenden Jahres und fließen als Steuerungsimpulse in die nächsten strategischen Vorgaben mit ein.

Sollten externe oder interne Ereignisse eintreten, die eine wesentliche Verschlechterung des Risikoprofils bewirken können, wird ein außerordentlicher ORSA-Prozess (Ad-hoc-ORSA-Prozess) durchgeführt. Auslöser eines Ad-hoc-ORSA-Prozesses sind wesentliche Änderungen des Risikoprofils infolge interner Entscheidungen und/oder externer Faktoren. Diese lösen einen Eskalationsprozess aus, in dem die Situationen begutachtet und

eine Entscheidung über die Durchführung eines Ad-hoc-ORSA-Prozesses durch den Vorstand herbeigeführt wird. Mindestens die folgenden Ereignisse gelten als Auslöser:

- Einstieg in neue Geschäftsbereiche
- wesentliche Änderungen der Risikotoleranzschwellen oder Rückversicherungsvereinbarungen
- wesentliche Änderungen der Risiko- und Bewertungsmodelle
- Bestandsübertragungen bei den Versicherungsgesellschaften
- wesentliche Abweichungen von der verabschiedeten SAA, zum Beispiel durch Kapitalmarktverwerfungen

B.4 Internes Kontrollsystem

Internes Kontrollsystem

Für die operative Ausgestaltung des IKS bei LVM-Leben sind die operativen Abteilungen bzw. Bereiche verantwortlich. Dies bedeutet insbesondere, dass die konkrete Risikosteuerung sowie die Implementierung des IKS abteilungsindividuell ausgestaltet werden kann, sofern die jeweils für eine Abteilung bzw. Aufgabenbereich geltenden externen sowie internen Mindestvorgaben beachtet werden. Vor diesem Hintergrund hat die Geschäftsleitung von LVM-Leben die Leitlinie „Interne Kontrollen“ erlassen, die grundsätzliche Dokumentations- und Mindestinhalte im Rahmen der IKS-Dokumentation vorgibt.

Die Verantwortung für die Umsetzung trägt der jeweilige Vorstand. Dabei werden die Abteilungsleitungen bzw. die Unternehmensbeauftragten (bspw. Rechtsbereichs-Beauftragte oder intern verantwortliche Personen für Schlüsselfunktionen) über die Dokumentationsverpflichtung der internen Kontrollsysteme informiert. Je nach Risikosituation bestimmt die Abteilungsleitung in eigener Verantwortung den Detaillierungsgrad der Dokumentation und gibt ihrem Ressortvorstand hierzu die notwendigen Begründungen.

Die Leitlinie „Interne Kontrollen“ basiert auf dem internen Kontrollrahmen von LVM-Leben. Zentrales Element und Fundament des internen Kontrollsystems von LVM-Leben bildet das interne Kontrollumfeld, welches den Rahmen darstellt, innerhalb dessen die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen eingeführt und angewendet werden. Dieses ergibt sich aus dem Leitbild von LVM-Leben (Sicherheit, Vertrauen und Verantwortung), welches aus der LVM-Kultur und der Geschäftsstrategie abgeleitet wird.

Weiteres wesentliches Element des internen Kontrollrahmens ist die interne Kontrolltätigkeit. Für Geschäftsprozesse, bei denen ein möglicher Verlust aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen oder aus mitarbeitenden- und systembedingten oder externen Vorfällen entstehen kann, haben die Abteilungen bzw. Bereiche entsprechende interne Kontrollen zu entwickeln, einzurichten und angemessen zu dokumentieren. Je höher die Auswirkungen des zugrunde liegenden Risikos auf die Geschäftsprozesse sein können, desto zeitnaher und umfassender haben die entgegenwirkenden Kontrollen und Maßnahmen ausgestaltet zu sein.

Zur erfolgreichen Umsetzung des internen Kontrollsystems sind Information und Kommunikation als drittes wesentliches Element des internen Kontrollrahmens von besonderer Bedeutung. Die für die Mitarbeitenden relevanten Informationen des internen Kontrollsystems werden angemessen, zeitgerecht, aktuell und korrekt in zugänglicher Form bereitgestellt, damit diese sich ihrer Kontrollaufgabe sowie möglichen Verantwortlichkeit innerhalb des IKS bewusst sind. Fehlerhafte Kontrollen und Kontrolllücken sind umgehend auszubessern. In Fällen, in denen eine zeitnahe Ausbesserung nicht möglich ist, sind zumindest Maßnahmen zu entwickeln, welche eine zukünftige Beseitigung der Kontrollschwächen bewirken.

Über eine jährliche Aktualitätsabfrage bzgl. der internen Kontrollsysteme ist sichergestellt, dass eventuell Ergänzungen oder Änderungen von Risiken, Prozessen, Kontrollen und Abläufen in die bestehenden Dokumentationen integriert werden.

Compliance-Funktion

Grundsätzlich haben alle Geschäftsführungsmitglieder von LVM-Leben für eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation zu sorgen, welche die Einhaltung der zu beachtenden Gesetze und Verordnungen sowie der aufsichtsbehördlichen (und ggf. internen) Anforderungen gewährleistet. Hierfür sind alle Vorstandsmitglieder gemeinschaftlich verantwortlich.

Alle Mitarbeitenden der Compliance-Funktion erfüllen die aktuell gültigen Fit & Proper-Anforderungen und bilden sich regelmäßig weiter.

In der Geschäftsordnung der Compliance-Funktion hat der Vorstand von LVM-Leben die Festlegung klarer Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten, die Definition des Überwachungsbereichs, die Integration in die bestehende Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Abgrenzung entsprechender Rechte, Befugnisse und Aufgaben für die Compliance-Funktion geregelt und geltend gemacht. Die Geschäftsordnung wird in regelmäßigen Abständen, zumindest aber einmal jährlich, auf Konformität mit den festgelegten Definitionen, Aufgaben, Prozessen, Befugnissen und Verantwortlichkeiten geprüft und gegebenenfalls aktualisiert. Zusätzlich wurde ein Compliance-Management-System-Handbuch erstellt, welches die verschiedenen Prozesse des Compliance-Management-Systems erläutert und dokumentiert.

Den Mitarbeitenden der Compliance-Funktion steht gegenüber den Abteilungen von LVM-Leben ein vollständiges und uneingeschränktes aktives und passives Informationsrecht zu. Sie sind berechtigt, uneingeschränkter Zugang zu allen für die Erfüllung der Aufgaben notwendigen Informationen zu erhalten.

Aktivitäten der Compliance-Funktion

Die Aktivitäten der Compliance-Funktion sind in einem Compliance-Aktivitätenplan festzulegen. Die verschiedenen Aktivitäten werden für LVM-Leben in sogenannte Aktivitätenarten gegliedert. Diese sind u. a.:

- Schulungsmaßnahmen
- Rechtsänderungsmonitoring
- Hinweisgebersystem

- Compliance-Vorfall-Datenbank
- Compliance-Inventur/-Risikoanalyse
- Compliance-Berichterstattung
- Überwachungsmaßnahmen und IKS-Beratungen
- Fallweise/Vorfallbezogene und Ad-hoc-Compliance-Prüfungen
- Leitlinien-Überprüfung
- Weiterentwicklung des Compliance-Management-Systems
- Beratende Begleitung und/oder Leitung verschiedener compliance-relevanter (Umsetzungs-)Projekte
- Sonstige Compliance-Aktivitäten

Um die Auswahl identifizierter Compliance-Risiken resultierend aus den externen und internen Anforderungen des vielfältigen und umfangreichen Rechtsumfelds von LVM-Leben effektiv und risikoorientiert handhaben zu können, ist eine entsprechende Bewertung und Analyse der jeweiligen Rechtsbereiche aus dem Überwachungsbereich auf ihre Wesentlichkeit für LVM-Leben vorzunehmen. Das Wesentlichkeitskonzept von LVM-Leben enthält einen systematischen Bewertungsansatz für Compliance-Risiken, der es der Compliance-Funktion ermöglicht eine Priorisierung vornehmen zu können, welche wiederum ein Kriterium bei der Festlegung von Prüfungsaktivitäten (Compliance-Prüfungen, Ad-hoc-Compliance-Prüfungen) darstellt.

Die Compliance-Funktion hält einen direkten Berichtsweg zur Geschäftsleitung, um entsprechende Feststellungen und/oder Auffälligkeiten bezüglich compliance-relevanter Themen direkt an die verantwortliche Geschäftsleitung melden zu können. Zudem begleitet die Compliance-Funktion die Abteilungen sowie die Geschäftsleitung beratend und unterstützend in compliance-relevanten Themen.

B.5 Funktion der internen Revision

Die Funktion der internen Revision wird durch die Abteilung Konzernrevision wahrgenommen. Die Konzernrevision ist als unabhängige Stabsabteilung direkt dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt. Sie dient gleichzeitig der gesamten Geschäftsleitung als Instrument zur Erfüllung ihrer unternehmerischen und gesetzlichen Aufgaben und Verantwortungen.

Die Aufgaben und Ziele sowie die Rechte und Pflichten der Konzernrevision sind in einer vom Vorstand genehmigten und vom Vorstandsvorsitzenden unterzeichneten Geschäftsordnung verankert.

Die Konzernrevision untersucht im Sinne eines risikoorientierten Prüfungsansatzes die Wirtschaftlichkeit, Sicherheit und Ordnungsmäßigkeit von Systemen, Strukturen, Prozessen und Investitionen unter Berücksichtigung der Unternehmensziele sowie der Geschäfts- und Risikostrategie. Dies bezieht sich auf die gesamte Geschäftsorganisation und insbesondere auf die Angemessenheit und Wirksamkeit des IKS.

Die Prüfungstätigkeiten der Konzernrevision erstrecken sich auf alle Betriebs- und Geschäftsabläufe, auch auf solche, die auf andere Unternehmen ausgelagert sind.

Dabei erbringt die Konzernrevision unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsdienstleistungen, welche darauf ausgerichtet sind, Mehrwerte zu schaffen und die Geschäftsprozesse zu verbessern. Sie unterstützt die Geschäftsleitung bei der Erreichung ihrer Ziele, indem sie mit einem systematischen und zielgerichteten Ansatz die Effektivität des Risikomanagements, der Kontrollen und der Führungs- und Überwachungsprozesse bewertet und diese zu verbessern hilft.

Die Tätigkeiten der Konzernrevision basieren auf einer risikoorientierten Mehrjahresplanung, die in einer entsprechenden Jahresplanung dokumentiert und vom Vorstandsvorsitzenden schriftlich genehmigt wird.

Die Prüfungsplanung, -methoden und -qualität werden kontinuierlich überprüft und weiterentwickelt.

Die Konzernrevision besteht mit der Abteilungsleitung und der Assistenz aus 13 Mitarbeitenden mit unterschiedlichen Ausbildungs- und Tätigkeitsschwerpunkten. Die in der Konzernrevision eingesetzten Personen verfügen über einen Studienabschluss in Betriebswirtschaftslehre, Jura, Mathematik oder Informatik.

Sowohl der Leiter als auch die Mitarbeitenden der Konzernrevision nehmen keine darüber hinausgehenden Tätigkeiten im Unternehmen wahr. Potenzielle Interessenkonflikte können daher ausgeschlossen werden.

Bei der Prüfungsdurchführung, der Wertung der Prüfungsergebnisse und der Berichterstattung ist die Konzernrevision unabhängig, objektiv und keinen Weisungen unterworfen.

Zur Durchführung ihrer Arbeit steht der Konzernrevision ein uneingeschränktes Informations- und Prüfungsrecht zu. Insoweit sind der Konzernrevision unverzüglich alle erforderlichen Informationen zu erteilen, alle notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen und Einblick in alle Aktivitäten und Prozesse sowie lesender Zugriff auf die DV-Systeme des Unternehmens zu gewähren.

Auf Verlangen der Konzernrevision sind ihr Zugang zu allen Räumlichkeiten und die Möglichkeit der Inaugenscheinnahme von Gegenständen und Prozessen zu gewähren.

B.6 Versicherungsmathematische Funktion

Für LVM-Leben wurde eine versicherungsmathematische Funktion eingerichtet, die mit den in §31 VAG genannten Aufgaben betraut ist. Zu den Kernaufgaben der versicherungsmathematischen Funktion gehören Koordinierungs-, Überwachungs- und Beratungsaufgaben. Diese erstrecken sich auf die Themenfelder Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen, Beurteilung der Zeichnungs- und Annahmepolitik, Beurteilung der Rückversicherungsvereinbarungen sowie die Mitwirkung beim Risikomanagement. Die von der versicherungsmathematischen Funktion vorgenommenen Analysen, Bewertungen und Empfehlungen erfolgen ausschließlich auf Grundlage der Prinzipien von Solvency II.

Die versicherungsmathematische Funktion wird bei LVM-Leben durch einen verantwortlichen Inhaber wahrgenommen, der bei der Erfüllung seiner Aufgaben durch ein Gremium unterstützt wird. Mitglieder des Gremiums sind der verantwortliche Inhaber, die Inhaber der versicherungsmathematischen Funktion des LVM a.G. und von LVM-Kranken sowie Mitarbeitende der Abteilungen Risikosteuerung/Projektion und Aktuariat Leben. Die verantwortlichen Inhaber der versicherungsmathematischen Funktion von LVM-Leben und LVM-Kranken üben zugleich auch die Funktion des verantwortlichen Aktuars der jeweiligen Tochtergesellschaft aus. Alle wesentlichen Stellungnahmen, Bewertungen und Ergebnisse der versicherungsmathematischen Funktion werden vor der Übermittlung an Auftraggeber/Empfänger im Gremium beraten.

Der verantwortliche Inhaber der versicherungsmathematischen Funktion, die weiteren Gremienmitglieder und Stellvertretende werden jeweils durch den Vorstand bestimmt.

Unbeschadet der gesetzlichen Befugnisse des Vorstands unterliegt die versicherungsmathematische Funktion keinen Weisungen. Die versicherungsmathematische Funktion hat kein Weisungsrecht gegenüber anderen Funktionen und Organisationseinheiten. Sämtliche Abteilungen innerhalb der Unternehmensgruppe, auf deren Zulieferung von Daten und Informationen die versicherungsmathematische Funktion zur Erfüllung ihrer Aufgaben angewiesen ist, kooperieren vollumfänglich mit der versicherungsmathematischen Funktion.

Der verantwortliche Inhaber der versicherungsmathematischen Funktion ist intern und extern in vollem Umfang für die Erfüllung der Aufgaben der versicherungsmathematischen Funktion verantwortlich.

Die versicherungsmathematische Funktion berichtet direkt an den Vorstand.

B.7 Outsourcing

LVM-Leben hat folgende wichtige Tätigkeiten an den LVM a.G., welcher in Deutschland ansässig ist und deutschem Recht unterliegt, ausgegliedert:

- Übernahme der Schlüsselfunktion interne Revision
- Übernahme der Schlüsselfunktion unabhängige Risikocontrollingfunktion
- Übernahme der Schlüsselfunktion versicherungsmathematische Funktion
- Übernahme der Schlüsselfunktion Compliance-Funktion
- Kalkulation von Lebensversicherungsprodukten, Produktentwicklung, Produktfreigabe, Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen und Rückversicherung
- Durchführung der Antrags-, Vertrags- und Leistungsbearbeitung für Lebensversicherungsverträge sowie die Bereiche Grundsatz und Verkaufsförderung
- Übernahme der typischen Tätigkeiten im Rechnungswesen, insbesondere Rechnungslegung, Steuern, Inkasso-/Exkassowesen, Back-Office (Kapitalanlagenbuchhaltung) sowie Zentrales Controlling
- Übernahme der marktüblichen Tätigkeiten im Portfolio Management, insbesondere Kapitalanlage, Kapitalanlagecontrolling und -verwaltung
- Durchführung von Solvenzberechnungen sowie Tätigkeiten im Asset Liability Management
- Akquise und Betreuung der Kunden durch Ausschließlichkeitsvertrieb inklusive fachlicher und organisatorischer Betreuung der Agenturen durch den angestellten Außendienst sowie Verwaltung und organisatorische Steuerung in den Bereichen Organunterstützung und Vertriebsunterstützung (beispielsweise vertragliche Gestaltung und Abwicklung der Provisionszahlungen)
- Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Organisationsentwicklung und Software-Entwicklung, insbesondere Prozessgestaltung und Software-Entwicklung sowie -Einkauf
- Bereitstellung und Weiterentwicklung von Architekturen und Infrastrukturen für die Anwendungsentwicklung und den Systembetrieb
- Bereitstellung und Betrieb von IT-Infrastruktur, Hardware, Druckdienstleistungen sowie Anwenderservice und -schulung
- Übernahme der Funktion des gesetzlich geforderten Datenschutzbeauftragten
- Übernahme der Beschwerdemanagementfunktion
- Übernahme der Vertriebsfunktion (§48 Abs. 2a VAG)
- Übernahme der Funktion des Informationssicherheitsbeauftragten
- Übernahme der aufsichtsrechtlich geforderten Tätigkeiten des Geldwäschebeauftragten

- Rechtliche Beratung der Gesellschaft, insbesondere des Vorstands und des Aufsichtsrats
- Posteingangs- und Postausgangsverarbeitung, Lastschriftverarbeitung sowie Indizierung
- Kapitalanlage und –management von Immobilieninvestitionen
- Marketing, Markt- und Kundenanalyse sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

LVM–Leben hat folgende wichtige Tätigkeit an nachstehende 100–prozentige Tochtergesellschaft des LVM a.G. ausgegliedert:

- FDL GmbH
Die FDL GmbH übernimmt die Vergabe und Bestandsverwaltung der Immobiliendarlehen von LVM–Leben. Die Gesellschaft ist in Deutschland ansässig und unterliegt deutschem Recht.

Die Outsourcing–Politik der LVM–Leben sieht vor, dass wichtige Funktionen oder Tätigkeiten in der Regel durch Konzernunternehmen (insbesondere den LVM a.G.) durchgeführt werden. Die Kosten, die für die gruppeninternen Dienstleistungen an LVM–Leben entstehen, werden nach dem Vollkostenprinzip ermittelt und LVM–Leben kostenträgerbezogen aufgegeben. Die bei der Verrechnung zugrunde gelegten Schlüssel beruhen auf objektiven Größen und sind verursachungsgerecht ermittelt.

Der Vorstand von LVM–Leben hat auf Basis der aufsichtsrechtlichen Anforderungen eine Leitlinie für den Bezug von allgemeinen und IT–Fremdleistungen erlassen, in welcher die Anforderungen an den Bezug von Fremdleistungen geregelt sind. In der Leitlinie werden die bei der Durchführung einer Ausgliederung initial sowie dauerhaft durchzuführenden Aufgaben beschrieben. Nach Feststellung einer Ausgliederung wird zuerst eine Person, die die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen koordinativ verantwortet (Ausgliederungsbetreuer), festgelegt. Zudem sind vor jeder Ausgliederung insbesondere die Risiken einer potenziellen Ausgliederung zu analysieren und eine Ausgliederungsfähigkeitsprüfung durchzuführen. Aufgrund der Klassifizierung einer Ausgliederung bestimmen sich teils zusätzliche Anforderungen, die gesondert in der Leitlinie herausgestellt werden.

Überdies werden unter Berücksichtigung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen vertraglich zu vereinbarende Mindestinhalte festgelegt. Neben der Vorstandsgenehmigung sowie die zu berücksichtigenden Vorgaben bei der Realisierung der Dienstleistungsvereinbarung (Berücksichtigung im Risikomanagementsystem, IKS und Notfallmanagement) werden die nach Realisierung der Ausgliederung einzurichtenden Überwachungs- und Dokumentationspflichten festgelegt.

B.8 Sonstige Angaben

Überprüfung des Governance-Systems

Die Überprüfung des Governance-Systems wird systematisch anhand von Prüffeldern und weiteren Fragestellungen unter Einbezug aller Schlüsselfunktionen durchgeführt. Dabei werden folgende Prüffelder beleuchtet:

- Schlüsselfunktionen
- IKS/Prozesse
- Datenqualität
- Dokumentation/Leitlinien
- Fit & Proper/Vergütung
- Risikomanagementsystem
- ORSA und Eigenmittel
- Ausgliederung
- Notfallplan/BCM
- Gruppenspezifische Governance

Die Überprüfung des Governance-Systems von LVM-Leben wurde im Jahr 2023 durch den Vorstand durchgeführt. In keinem der Prüffelder wurden wesentliche Missstände identifiziert. Alle Vorstandsmitglieder kamen zu der einstimmigen Bewertung, dass LVM-Leben über ein angemessenes und wirksames Governance-System verfügt. Das identifizierte Weiterentwicklungspotenzial wird weiter umgesetzt.

C Risikoprofil

Das Risikoprofil gibt einen Überblick, welchen Risiken LVM-Leben ausgesetzt ist. Zur Bewertung der Risiken wird anhand der Standardformel gemäß Solvency II die Solvenzkapitalanforderung für einzelne Risikokategorien berechnet. Zur Berücksichtigung von Diversifikationseffekten innerhalb und zwischen den Risikokategorien werden diese mittels einer vorgegebenen Korrelationsmatrix aggregiert.

Im Folgenden sind die Risikokapitalanforderungen nach Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung durch Überschussbeteiligung (Nettowerte) angegeben. Der entsprechende Wert vor Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung durch Überschussbeteiligung (Bruttowert) ist nur an einigen Stellen informativ mit angegeben und entsprechend als „brutto“ gekennzeichnet.

Nach Abzug der Anpassung für die Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen und latenten Steuern ergibt sich für LVM-Leben eine Solvenzkapitalanforderung (SCR) in Höhe von 135.018 Tsd. € (Vj. 141.428 Tsd. €). Die Mindestkapitalanforderung (MCR) beträgt 60.758 Tsd. € (Vj. 63.643 Tsd. €). Zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderungen stehen Eigenmittel in Höhe von 1.032.274 Tsd. € (Vj. 1.480.484 Tsd. €) zur Verfügung, sodass sich eine Solvenzquote von 765% (Vorjahr 1047%) ergibt. Zur Bedeckung der Mindestkapitalanforderungen stehen Eigenmittel in Höhe von 964.765 Tsd. € (Vj. 1.409.770 Tsd. €) zur Verfügung, woraus eine MCR-Bedeckungsquote von 1588% (Vj. 2215%) resultiert. Der deutliche Rückgang der Bedeckungsquoten im Vergleich zum Vorjahr ist insbesondere auf die Beendigung der Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen gem. §352 VAG („Rückstellungs-Transitional“) zurückzuführen.

Für die in der Standardformel bewerteten Risiken hat LVM-Leben unternehmensindividuelle Wesentlichkeitsgrenzen definiert. Diese wurden aus den jeweils zur Bedeckung der Risiken zur Verfügung stehenden Eigenmitteln abgeleitet.

Alle Risiken, die nicht gemäß der Standardformel quantitativ bewertet werden können, werden qualitativ beurteilt.

Die Risiken und ihr Einfluss auf die Ergebnisse und die Eigenmittel werden von LVM-Leben mit einer langfristig ausgerichteten Anlagepolitik, der konsequenten Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben und dem Einsatz moderner Risikomanagementsysteme begrenzt. Zentrales Element der Kapitalanlagesteuerung ist das Asset Liability Management (ALM), das LVM-Leben seit vielen Jahren erfolgreich einsetzt. Im Rahmen der ALM-Analysen werden finanzielle Verpflichtungen umfassend modelliert und quantifiziert. Mithilfe von Szenariorechnungen wird geprüft, inwieweit LVM-Leben von größeren Schwankungen an den Kapitalmärkten und einem möglichen Zinsrückgang betroffen wäre.

Nachfolgend werden die einzelnen Risikokategorien für LVM-Leben näher beschrieben.

C.1 Versicherungstechnisches Risiko

Risikoexponierung

Das versicherungstechnische Risiko bezeichnet das Risiko, das bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung der tatsächliche Aufwand für Schäden und Leistungen vom erwarteten Aufwand abweicht.

In der Lebensversicherung besteht das Risiko, aus den im Voraus festgesetzten Prämien in der Zukunft Leistungen erstatten zu müssen, deren Umfang aufgrund der Zufallsabhängigkeit künftiger Versicherungsfälle bei der Prämienfestsetzung nicht sicher bekannt ist (Zufalls- und Änderungsrisiko).

In die Kalkulation der Prämien und Leistungen gehen biometrische Rechnungsgrundlagen ein. Die tatsächlichen Entwicklungen können ungünstig von den in die Kalkulation eingeflossenen Annahmen abweichen. Diesem Risiko wird dadurch begegnet, dass die Annahmen ausreichende Sicherheitsmargen enthalten. Es werden von der Deutschen Aktuarvereinigung e.V. (DAV) veröffentlichte, biometrische Rechnungsgrundlagen verwendet. Darüber hinaus wird das biometrische Risiko durch aktuarielle Analysen regelmäßig kontrolliert.

Die Bewertung der versicherungstechnischen Risiken wird bei LVM-Leben quartalsweise oder bei signifikanten Änderungen des Risikoprofils durchgeführt. Die verwendete Methodik orientiert sich eng an den aufsichtsrechtlichen Vorgaben des VAG.

Da Berufsunfähigkeitsversicherungen unter Solvency II als Krankenversicherungen einzuordnen sind, setzt sich das versicherungstechnische Risiko bei LVM-Leben aus dem versicherungstechnischen Risiko Leben und dem versicherungstechnischen Risiko Kranken zusammen.

Zu den versicherungstechnischen Risiken Leben und Kranken zählen u. a. die biometrischen Risiken (Sterblichkeit, Langlebigkeit und Invalidität), das Stornorisiko, das Kostenrisiko und das Katastrophenrisiko. Das Katastrophenrisiko setzt sich bei den versicherungstechnischen Risiken Kranken aus den Risiken Massenunfall, Unfallkonzentration und Pandemie zusammen.

Im Rahmen von Solvency II wird das versicherungstechnische Risiko Leben gemäß der Standardformel mit 45.654 Tsd. € (Vj. 117.214 Tsd. €) berechnet. Das versicherungstechnische Risiko Kranken beträgt 46.678 Tsd. € (Vj. 45.121 Tsd. €).

Gemäß dem Wesentlichkeitskonzept bei LVM-Leben wird das Teilrisiko Storno (438.677 Tsd. € brutto, 45.654 Tsd. € netto) bei dem versicherungstechnischen Risiko Leben als wesentlich eingeschätzt.

LVM-Leben setzt im Versicherungsgeschäft keine Zweckgesellschaften (SPV) ein, sodass auch keine Risikoübertragung auf Zweckgesellschaften erfolgt. Zudem liegen keine außerbilanziellen versicherungstechnischen Risiken vor.

Im Berichtszeitraum wurden keine ergebnisrelevanten Änderungen der Maßnahmen, die zur Bewertung der versicherungstechnischen Risiken getroffen werden, vorgenommen.

Um das versicherungstechnische Risiko angemessen zu überwachen, wurden Risikoindikatoren definiert, für die entsprechende Plan- und Schwellenwerte durch die Geschäftsleitung festgelegt wurden. Mit der unterjährigen Überwachung dieser Indikatoren ist es möglich, eine negative Zielabweichung innerhalb der Versicherungstechnik frühzeitig festzustellen und die entsprechenden Eskalationsprozesse anzustoßen. Diese Eskalationsprozesse wurden soweit möglich und sinnvoll bereits im Vorfeld definiert und sind Bestandteil einer angemessenen Risikosteuerung innerhalb des versicherungstechnischen Risikos.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen spielen bei LVM–Leben keine wesentliche Rolle. Das Konzentrationsrisiko bezeichnet das Risiko eines bedeutenden Schaden- oder Ausfallpotenzials für ein Unternehmen durch Eingehung einzelner oder stark korrelierter Risiken. Grundsätzlich können Konzentrationsrisiken innerhalb der gleichen Risikoart oder über verschiedene Risikoarten hinweg auftreten. Eine Verwirklichung dieses Risikos kann beispielsweise durch ein speziell auf eine Branche oder Region ausgerichtetes Versicherungsgeschäft entstehen. Diesem Risiko wird dadurch begegnet, dass auf eine ausreichende Diversifizierung der einzelnen Risiken ein besonderes Augenmerk gerichtet wird. Im Versicherungsgeschäft begrenzen Zeichnungs- und Annahmerichtlinien das Konzentrationsrisiko.

Risikominderungstechniken

LVM–Leben setzt als Risikominderungstechnik Rückversicherungsvereinbarungen ein, um einen Teil des versicherungstechnischen Risikos auf eine andere Gegenpartei zu übertragen. Insgesamt ist die Bedeutung der Rückversicherung für LVM–Leben aber als gering einzustufen. Es gibt längerfristige Exzedenten–Rückversicherungsverträge auf Risikobasis sowie einen Kumulrückversicherungsvertrag. Die Exzedenten–Rückversicherungsverträge dienen der Absicherung von Risikospitzen im Einzelgeschäft. Rückversichert wird der über den aktuellen Selbstbehalt hinausgehende Teil des Risikos, ermittelt über alle Verträge einer versicherten Person. Gegenstand des Kumulvertrags sind die Lebensversicherungen einschließlich etwaiger Zusatzversicherungen der Innen- und Außendienstmitarbeitenden der LVM bei Kumulieren von Todes- und Berufsunfähigkeitsfällen infolge ein und desselben Unfallereignisses. Ziel dieses Kumulvertrags ist die Absicherung von temporären Risikospitzen durch einen Unfall bei größeren gemeinsamen Veranstaltungen.

Wichtig für die Strategie von LVM–Leben ist eine Risikosteuerung der rückversicherten Risiken auf mindestens 2 Rückversicherer, außerdem eine erstklassige Bonität der Rückversicherer.

Stresstests und Sensitivitätsanalysen

Da gemäß dem Wesentlichkeitskonzept bei LVM–Leben das Stornorisiko bei dem versicherungstechnischen Risiko Leben als wesentlich eingeschätzt wird, erfolgt für das Teilrisiko Storno ein separater Stresstest mit halbierten angenommenen Wahrscheinlichkeiten für Storno und Kapitalwahl und zusätzlichem Zinsrückgang. Weiterhin wurde zur Einschätzung der Risikosensitivität von LVM–Leben ein Zinsstress durchgeführt. Vor dem Hintergrund der Herausforderungen des Klimawandels wurde ein Szenario zu den Klimaänderungsrisiken betrachtet. Details zu den Stressen und Szenarien und die Auswirkung auf das versicherungstechnische Risiko werden übergreifend im Kapitel C.2 Marktrisiko beleuchtet.

C.2 Marktrisiko

Risikoexponierung

Die Anlage von Geldern an den internationalen Kapitalmärkten beinhaltet Chancen wie auch Risiken. So besteht ein grundlegendes Risiko darin, dass sich der Wert von Kapitalanlagen je nach Marktentwicklung verändern kann. Für eine auch auf lange Sicht erfolg- und ertragreiche Kapitalanlage ist es daher unabdingbar, potenzielle Risiken möglichst frühzeitig zu erkennen und darauf angemessen zu reagieren.

LVM-Leben verfolgt im Rahmen der rechtlichen Rahmenbedingungen eine Anlagepolitik, die die Sicherheit, Liquidität und Rentabilität des Portfolios als Ganzes sicherstellt. Da nicht jede einzelne Anlage bzw. Anlageform die Anlageziele gleichzeitig auf einem hohen Niveau erreicht, sind die daraus resultierenden Zielkonflikte durch eine Mischung und Streuung der unterschiedlichen Anlagen bzw. Anlageformen über das gesamte Portfolio hinweg aufzulösen. Dabei kommt dem Grundsatz der Sicherheit besondere Bedeutung zu. Die Risiken der Kapitalanlage, wie beispielsweise Marktrisiken, Kreditrisiken oder Liquiditätsrisiken, werden in einem vertretbaren Rahmen gehalten.

Verschiedene Anlageklassen (z. B. festverzinsliche Wertpapiere, Aktien, Immobilien) bergen unterschiedliche Renditeerwartungen und Risiken. In unterschiedlichen Marktsituationen entwickeln sie sich regelmäßig anders. Dadurch treten Kompensationseffekte ein, die das Kapitalanlageergebnis über verschiedene Zeiträume hinweg verstetigen. Vor diesem Hintergrund ist es ökonomisch sinnvoll, das Gesamtportfolio auf unterschiedliche Anlageklassen aufzuteilen.

Im Rahmen eines strukturierten Kapitalanlageprozesses werden zunächst Mindest-Renditeanforderungen sowie Kapitalanlageziele definiert, die sich nach den betriebenen Versicherungsgeschäften und den damit verbundenen Risiken richten. Auf dieser Grundlage und unter Einbeziehung von Kapitalmarkteinschätzungen und statistischen Datenreihen werden nach einem modellbasierten Ansatz Ziel-Portfolios festgelegt, bei denen das Vermögen unter Berücksichtigung taktischer Bandbreiten auf die verschiedenen Anlagensegmente aufgeteilt wird (strategische Asset Allokation). Den Ziel-Portfolios werden die erforderlichen Risikobudgets (Value at Risk-Ansatz) zugeteilt.

Die Umsetzung der Kapitalanlagestrategie erfolgt durch Auswahl und Vornahme von Einzelinvestments auf Basis klarer und präziser Investmentmandate für interne Entscheidungsträger bzw. externe Fondsmanager unter Beachtung insbesondere des Grundsatzes der Risikostreuung, der aktuellen Risikosituation und der unterjährigen Liquiditätsentwicklung. Regelmäßig wird ein Abgleich zwischen den Ist-Portfolios und den beschlossenen Ziel-Portfolios der Gesellschaften vorgenommen.

Vor Durchführung einer geplanten Transaktion (An- und Verkäufe von Kapitalanlagen) werden die damit verbundenen Chancen und Risiken analysiert. Umfang und Tiefe der Prüfung richten sich nach dem Risikoprofil des jeweiligen Investments. Vermögenswerte und Instrumente dürfen nur erworben werden, wenn die mit ihnen verbundenen Risiken hinreichend identifiziert, bewertet, überwacht, gesteuert, kontrolliert und in die Berichterstattung einbezogen werden können. Es wird sichergestellt, dass jederzeit auf sich wandelnde wirtschaftliche und rechtliche Bedingungen, insbesondere Veränderungen auf den Finanz- und Immobilienmärkten, angemessen reagiert werden kann.

Ein zentrales Element des Risikomanagementsystems der LVM Versicherung ist die Definition von Risikoindikatoren und die Festlegung von Schwellenwerten im Rahmen eines operativen Limitsystems (Frühwarnsystem). Die Risikosteuerung und -überwachung für die quantifizierbaren Risiken von LVM-Leben wird durch die Festlegung von Schwellenwerten operationalisiert und durch geeignete Eskalationsmaßnahmen ergänzt.

Das Marktrisiko liegt in der Unsicherheit über Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inklusive Zinsen, Aktienkurse und Devisenkurse) und den zwischen ihnen bestehenden Abhängigkeiten und ihren Volatilitätsniveaus begründet.

Das Marktrisiko setzt sich aus den folgenden sechs Risikosubmodulen zusammen:

- Zinsänderungsrisiko
- Aktienrisiko
- Immobilienrisiko
- Spreadrisiko
- Konzentrationsrisiko
- Währungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko bezeichnet das Risiko von Wertänderungen der Eigenmittel in der Folge einer Änderung des Zinsniveaus. Alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die auf eine Änderung der Zinskurve reagieren, sind vom Zinsänderungsrisiko betroffen. Dazu gehören vor allem die festverzinslichen Anlagen (z. B. Schuldverschreibungen, Pfandbriefe, Hypotheken) und die versicherungstechnischen Rückstellungen. Im Fall einer steigenden Zinskurve verlieren die festverzinslichen Anlagen an Marktwert. Bei fallenden Zinsen gewinnen die Positionen an Marktwert. Die Auswirkungen einer Zinsänderung hängen von der Bilanzstruktur des Versicherungsunternehmens ab. Eine Kapitalanforderung entsteht bei einem Zinsanstieg, wenn die Reduktion der Aktivseite größer ist als ein möglicher Rückgang der versicherungstechnischen Rückstellungen. Bei einem Zinsrückgang entsteht eine Kapitalanforderung, wenn der mögliche Anstieg bei den versicherungstechnischen Rückstellungen größer ist als der Zuwachs der Bewertungsreserven auf der Aktivseite.

Das Aktienrisiko drückt das Risiko von Wertänderungen von Aktien und anderen Eigenkapitalinstrumenten aus. Bei Aktienanlagen besteht auf der einen Seite die Chance auf höhere Renditen, auf der anderen Seite ist auch das Risiko für Wertverluste größer als z. B. am Zinsmarkt. Für die Bewertung der Aktienrisiken wird unterschieden zwischen Aktien, die an geregelten Märkten notiert sind, sowie der Gruppe der nicht börsennotierten Aktien und anderer nicht unter das Zinsänderungs-, Immobilien- oder Spreadrisiko fallenden Anlagen. Der Aktienanteil an den gesamten Kapitalanlagen ist durch Limite begrenzt. Durch die Verteilung der Aktienanlagen auf verschiedene Branchen und Regionen wird zudem eine hohe Diversifikation erreicht. Der Großteil der Aktienanlagen wird in Fondsmandaten gehalten.

Das Immobilienrisiko gibt das Risiko der Marktwertveränderung von direkt und indirekt gehaltenen Immobilien bei Marktveränderungen an. Das Portfolio als Teil der Gesamtkapitalanlage ist breit diversifiziert. Hierbei liegt der Fokus auf Objekten an etablierten

Standorten innerhalb Deutschlands sowie verschiedenen Nutzungsarten. Aufgrund von gestiegenen Zinsen und der Inflation der Baukosten ergeben sich jedoch erhöhte Risiken bei Projektentwicklungen von Immobilien.

Das Spreadrisiko ist das Risiko von Verlusten aufgrund unerwarteter Bonitätsverschlechterungen von Wertpapieremittenten, Gegenparteien oder anderen Schuldnern, gegenüber denen Forderungen bestehen. Es manifestiert sich in einer Erhöhung der bonitätsabhängigen Risikoaufschläge (Credit Spreads) am Kapitalmarkt und einem damit verbundenen Kursrückgang bei den Vermögenswerten. Gemäß der Standardformel ist das Spreadrisiko ein Teil des Marktrisikomoduls. Auf Kreditrisiken, zu denen das Spreadrisiko zählt, wird in Kapitel C.3 eingegangen.

Das Konzentrationsrisiko wird in der Delegierten Verordnung unter dem Begriff Marktrisikokonzentrationen geführt. Als Element des Marktrisikos hat das Konzentrationsrisiko eine geringere Bedeutung hinsichtlich der Solvenzkapitalanforderung als beispielsweise das Aktien- oder Zinsrisiko. Das Konzentrationsrisiko erwächst aus einer höheren Volatilität sowie einem gestiegenen Risiko bei Ausfall eines Emittenten in einem Kapitalanlageportfolio mit geringer Streuung. Detailliertere Informationen zum Konzentrationsrisiko bei Rentenanlagen können dem Kapitel C.3 entnommen werden.

Sofern Kapitalanlagen in anderer Währung als dem Euro gehalten werden, kann das Währungsrisiko den Wert der Eigenmittel verändern. Die Fremdwährung kann im Vergleich zum Euro auf- oder abwerten. Die Währungsrisiken werden laufend überwacht und sind in die monatliche Risikoberichterstattung integriert.

Im Rahmen von Solvency II wird das Marktrisiko für LVM-Leben gemäß der Standardformel mit 116.831 Tsd. € (Vj. 62.820 Tsd. €) berechnet. Dominiert wird das Marktrisiko bei LVM-Leben hauptsächlich durch das Immobilien- (381.051 Tsd. € brutto, 70.767 Tsd. € netto) und das Aktienrisiko (469.494 € brutto, 53.970 Tsd. € netto). Da diese Teilrisiken zum 30.9.2023 nicht die definierte Wesentlichkeitsschwelle überschritten haben, werden sie als nicht wesentlich eingestuft, stehen aber aufgrund der aktuellen Höhe weiterhin unter Beobachtung. Das Risiko der Kapitalanlagen wird im Rahmen eines übergeordneten Ampelsystems überwacht und ggf. reduziert. Zur Messung und Steuerung des Marktpreisrisikos von Rentenanlagen wird auf ein Durationsmanagement zurückgegriffen.

LVM-Leben setzt keine Zweckgesellschaften (SPV) ein, sodass auch keine Risikoübertragung auf Zweckgesellschaften erfolgt.

Im Berichtszeitraum wurden keine wesentlichen Änderungen der Maßnahmen, die zur Bewertung der Marktrisiken getroffen werden, vorgenommen.

Risikokonzentration

Zur Begrenzung des Konzentrationsrisikos erfolgt eine Diversifizierung der Kapitalanlagen auf Basis definierter Schwellenwerte für Anlageklassen, Länder und – getrennt nach Aktien- und Rentenbestand – Emittenten. Die Einhaltung der Schwellenwerte wird laufend überwacht.

Im Rahmen der Überwachung des Währungsrisikos wird die Verteilung der gesamten Kapitalanlagen auf die einzelnen Währungen laufend kontrolliert. Der Anteil der Anlagen in anderen Währungen als dem Euro ist limitiert.

Risikominderungstechniken

Im Rahmen der Steuerung des Zinsänderungsrisikos gelten für die durchschnittliche Kapitalbindungsdauer der Rentenanlagen vom Zinsniveau abhängige Zielgrößen und Untergrenzen.

Stresstests und Sensitivitätsanalysen

Stresstests bzw. Szenarioanalysen wurden im Rahmen der ORSA-Projektionsrechnungen durchgeführt. Hierbei werden im Vergleich zur Unternehmensplanung ein Zinsstress, vor dem Hintergrund des wesentlichen versicherungstechnischen Teilrisikos Storno ein Zinsstress mit halbierten Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten und vor dem Hintergrund der Herausforderungen des Klimawandels Szenarien zu Klimaänderungsrisiken simuliert. Dabei wurden für den Zinsstress die Auswirkungen auf die Solvenzquoten für die nächsten fünf Geschäftsjahre quantifiziert. Die Auswirkungen auf die wesentlichen Risiken und die Solvenzquoten werden für den Zinsstress im Vergleich zu den entsprechenden Werten aus der Unternehmensplanung beleuchtet. Hinsichtlich der Szenarien zu Klimaänderungsrisiken wird unterstellt, dass das jeweilige Szenario im Jahr 2024 vollständig vom Kapitalmarkt eingepreist wird. Anschließend werden die daraus resultierenden Marktwertveränderungen in der Kapitalanlage betrachtet. Die Auswirkungen auf die wesentlichen Risiken und die Solvenzquoten ergeben sich somit im Vergleich zur Unternehmensplanung für das Jahr 2024. Die Berechnungen werden gemäß der Standardformel durchgeführt.

Zinsstress

Beim Zinsstress werden die Auswirkungen eines Rückgangs des Zinsniveaus simuliert. Bis zum 31.12.2024 geht die Zinskurve in eine gestresste Zinsstrukturkurve über. Die gestresste Kurve ergibt sich aus der historisch niedrigsten Zinskurve vom 31.8.2019, die in Laufzeit 0 Jahre um 20 BP, in Laufzeit 20 Jahre um 100 BP verschoben und dazwischen interpoliert wird. In den Folgejahren verbleibt die Zinskurve auf dem niedrigen Niveau. Die Spreads entwickeln sich analog zur Unternehmensplanung.

Im Zinsstress liegen die Solvenzquoten während des Projektionszeitraums deutlich unterhalb der Solvenzquoten in der Unternehmensplanung, da der Kapitalbedarf höher und die Eigenmittel niedriger gegenüber der Unternehmensplanung ausfallen. Aufgrund von Umschichtungen der Kapitalanlagen ist das Marktrisiko zwar ab dem Jahr 2025 niedriger als in der Unternehmensplanung, demgegenüber steht aber ein deutlich höheres versicherungstechnisches Risiko. Der größte Risikotreiber ist dabei das Stornorisiko. Es beträgt im Jahr 2024 beim versicherungstechnischen Risiko Leben 346.945 Tsd. € (Unternehmensplanung: 100.220 Tsd. €), sinkt aber im Projektionsverlauf wieder ab. Das operationelle Risiko steigt gegenüber der Unternehmensplanung an und steigt im Projektionszeitraum mit dem Bestandswachstum leicht an. Der Anstieg des versicherungstechnischen Risikos bewirkt im Jahr 2024 ein Absinken der Solvenzquote auf 145% (Unternehmensplanung 695%). In den Folgejahren ist ein starker Anstieg der Solvenzquote zu verzeichnen, in der Unternehmensplanung gehen die Solvenzquoten leicht zurück (Jahr 2027: Zinsstress 491 %, Unternehmensplanung 640%).

Klimaänderungsrisiken: „Delayed Transition“

Die Basis für die Betrachtungen bildete das vom Network for Greening the Financial System (NGFS), einem Zusammenschluss von Zentralbanken und Aufsichtsbehörden, entwickelte Szenario „Delayed Transition“. Im NGFS-Szenario „Delayed Transition“ können die Auswirkungen des Klimawandels auf einen Temperaturanstieg von 1,5 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit beschränkt werden. Allerdings erfolgt das politische Umsteuern zeitverzögert und abrupt, was deutliche Verwerfungen an den Kapitalmärkten im Zeitraum 2030 -2040 bedingt. Diese führen zu einem Anstieg der Leitzinsen. Zudem sind für Sachwerte abhängig von der Assetklasse Marktwertrückgänge zu verzeichnen. Das Szenario wird sowohl in der kurzfristigen Perspektive (bis 2035) als auch in der langfristigen Perspektive betrachtet (bis 2050). Methodisch wird angenommen, dass die Auswirkungen im Jahr 2024 vollständig vom Kapitalmarkt eingepreist werden.

In diesem Szenario werden keine Auswirkungen auf die Versicherungstechnik betrachtet, da im Rahmen der Nachhaltigkeits-Risikoinventur keine potenziell materiellen Risiken hierzu identifiziert wurden. Daher werden für die Versicherungstechnik unveränderte Annahmen zugrunde gelegt.

Die Kapitalmarktverwerfungen führen zu einer Reduzierung der Marktwerte der Kapitalanlagen. Auch die Marktwerte der versicherungstechnischen Verpflichtungen sinken, resultierend aus dem etwas höheren Zinsniveau. Insgesamt führt dies in der kurzfristigen Perspektive zu einem leichten Rückgang der Eigenmittel (997.700 Tsd.€) gegenüber der Unternehmensplanung 2024 (1.005.973 Tsd.€) und in der langfristigen Perspektive zu einem leichten Anstieg der Eigenmittel (1.008.984 Tsd.€) gegenüber der Unternehmensplanung 2024.

Das Marktrisiko ist sowohl in der kurz- als auch in der langfristigen Perspektive (79.329 Tsd.€ bzw. 65.132 Tsd.€) geringer als in der Unternehmensplanung (81.846 Tsd.€). Das etwas höhere Zinsniveau hat jedoch einen Anstieg des Massenstornorisikos und somit einen Anstieg des versicherungstechnischen Risikos zur Folge (vt. Risiko Leben langfristige Perspektive: 125.921 Tsd.€, Unternehmensplanung: 102.099 Tsd.€). Insgesamt steigen die Solvenzquoten in der kurz- und langfristigen Perspektive (696% bzw. 716%) gegenüber der Unternehmensplanung 2024 (695%) leicht an.

Szenario Zinsstress mit halbierten Storno- und Kapitalwahlannahmen

Wie in Kapitel C.1 beschrieben, wurde bzgl. des Stornorisikos ein Stresstest durchgeführt. Änderungen bei den Annahmen für das Storno- und Kapitalwahlverhalten, insbesondere für Verträge mit einem hohen Rechnungszins, können sich auf die Bedeckungsquoten stark auswirken. Um die Auswirkungen abschätzen zu können, wurde der im Zinsstress unterstellte Zinsrückgang durch eine Halbierung der angenommenen Wahrscheinlichkeiten für Storno- und Kapitalwahl verschärft.

Der Zinsstress in Kombination mit den halbierten Wahrscheinlichkeiten führt zunächst zu einem deutlichen Anstieg des Marktrisikos. Das Immobilienrisiko fällt dabei 2024 mit 86.860 Tsd.€ doppelt so hoch aus wie in der Unternehmensplanung (40.529 Tsd.€), kann im Zeitverlauf jedoch wie in der Unternehmensplanung durch die risikomindernde Wirkung aus ZÜB neutralisiert werden. Die negativen Einflüsse führen dazu, dass sich die versicherungstechnischen Risiken insgesamt gegenüber der Unternehmensplanung

erhöhen. Beim versicherungstechnischen Risiko liegt das Teilrisiko Storno im Projektionsverlauf deutlich über dem Niveau der Unternehmensplanung. Im Jahr 2024 beträgt das Stornorückgangsrisiko Leben 226.210 Tsd.€ (Unternehmensplanung: 0 Tsd.€), sinkt aber im Zeitverlauf deutlich ab. Das operationelle Risiko steigt im Vergleich zur strategischen Unternehmensplanung ebenfalls an. Insgesamt führt dies zu einer deutlichen Erhöhung des SCR gegenüber der Unternehmensplanung und resultiert gerade in den ersten Jahren in einem starken Rückgang der Solvenzquoten. Im Laufe des Projektionszeitraums steigt die Solvenzquote wieder an und beträgt beispielsweise im Jahr 2027 276% (Unternehmensplanung: 640%).

C.3 Kreditrisiko

Risikoexponierung

Das Kreditrisiko (Bonitäts- oder Adressenausfallrisiko) ist das Risiko von Verlusten aufgrund unerwarteter Ausfälle oder unerwarteter Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern. Das Adressenausfallrisiko umfasst vor allem die Risikoarten Emittentenrisiko, Kontrahentenrisiko und Länderrisiko.

Die Verteilung der Rentendirektanlagen auf die einzelnen Risikoklassen ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle:

Ratingklassen der Rentendirektanlagen in %			
	AAA	AA	A
31.12.2023	64,5	34,8	0,6

Für die übrigen 0,1% der Rentendirektanlagen liegt kein externes Rating vor. Der Rentenbestand von LVM–Leben weist eine sehr hohe Sicherheit mit einem Durchschnittsrating von AA+ auf.

Risikokonzentration

Die fünf größten Einzelschuldner haben zusammengerechnet bei LVM–Leben einen Anteil von 20,9% an den gesamten Kapitalanlagen. Bei den Emittenten handelt es sich um zwei Staaten der Eurozone, zwei deutsche Bundesländer und ein Kreditinstitut mit jeweils sehr guter Bonität. Über 95% der Rentenanlagen bei LVM–Leben verteilen sich auf Deutschland, weitere europäische Staaten sowie supranationale Emittenten wie z. B. die Europäische Investitionsbank.

Durch die breite Streuung des Portfolios wird das Ausfallrisiko begrenzt. Die Schwerpunkte der Rentenanlagen liegen in den Emittentenarten Staaten, Bundesländer/Regionen, supranationale und nationale Förderbanken, Landesbanken sowie Hypothekenbanken. Der weitaus größte Teil der Anlagen bei Banken im Bestand von LVM–Leben ist aufgrund spezialgesetzlicher Vorschriften gesichert (z. B. Pfandbriefe).

Gemäß der Standardformel ist das Spreadrisiko ein Teil des Marktrisikomoduls. Die Solvenzkapitalanforderungen werden daher im Kapitel C.2 Marktrisiko ausgewiesen.

Risikominderungsmaßnahmen

Das Kreditrisiko wird bei LVM-Leben unter Verwendung von externen Ratings anerkannter Ratingagenturen und eigenen Kreditrisikobewertungen kontrolliert und begrenzt. Erfolgsgefährdende Risiken werden limitiert, ebenso darf das Durchschnittsrating einen gesetzten Schwellenwert nicht unterschreiten.

Diese Bewertung, Überwachung und Begrenzung des Kreditrisikos trägt dazu bei, dass die Vermögenswerte im Einklang mit dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht angelegt werden.

Zur Vermeidung von Konzentrationsrisiken werden in der Kapitalanlagerichtlinie Emittentenlimite für den Rentenbestand festgelegt, die laufend überwacht werden. Maximal dürfen bei einem Emittenten mit bester Risikoeinschätzung von AAA 10,0% der Kapitalanlagen angelegt werden. Dieses Limit reduziert sich stufenweise bis auf 5,0% der Kapitalanlagen bei Emittenten mit einer Risikoeinstufung von BBB. Darüber hinaus werden zu hohe Konzentrationen der Rentenanlagen in einzelnen Ländern ebenfalls durch Vorgabe und Überwachung von Limiten vermieden.

Risikokonzentrationen im Bereich der Tages- und Termingelder werden durch die Festlegung und laufende Überwachung interner Kontrahentenlimite reduziert.

Stresstests und Sensitivitätsanalysen

Die durchgeführten Stresstests bzw. Szenarioanalysen werden im Kapitel C.2 Marktrisiko beschrieben.

C.4 Liquiditätsrisiko**Risikoexponierung**

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, dass ein Unternehmen seinen finanziellen Verpflichtungen nicht mehr fristgerecht oder nicht mehr in voller Höhe nachkommen kann.

Eine fortlaufende tägliche Liquiditätsplanung gewährleistet für die Gesellschaften der LVM-Gruppe, dass Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit erfüllt werden können. Per 31.12.2023 wurden mehr als 15% der Kapitalanlagen in hochliquiden Anlagen wie börsennotierten Papieren, Wertpapierfonds und Einlagen bei Kreditinstituten gehalten.

Darüber hinaus werden weitere Liquiditätskennzahlen berechnet wie z. B. Liquiditätsbedeckungsquoten über mehrere Zeiträume. Die Liquiditätsbedeckungsquote ist eine stichtagsbezogene Betrachtung der erwarteten Einzahlungen zuzüglich der realisierbaren Zahlungsmittel im Verhältnis zu den erwarteten Auszahlungen.

Für LVM-Leben ist hier das vorzeitige Stornieren von Versicherungsverträgen zu nennen, wodurch ein wesentlicher Einfluss auf die Liquiditätserfordernisse entstehen kann.

Bei der Kalkulation der Prämien werden die erwarteten Leistungen und Kosten sowie ein Gewinn für das Unternehmen einkalkuliert. Dieser Gesamtbetrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns für die bestehenden Versicherungsverträge bis

zu deren Vertragsende (berechnet gem. Art. 260 Abs. 2 Delegierte Verordnung (EU) 2015/35) beträgt zum Stichtag 69.512 Tsd. €.

Risikokonzentration

Die Ergebnisse der Berechnungen der Liquiditätskennzahlen zeigen, dass deutliche Überdeckungen der erforderlichen Liquiditätsbeträge bestehen. Die Liquiditätsbedeckungsquoten werden als Faktor der Bedeckung und nicht in Prozent angegeben. Eine Quote von z. B. 7,0 entspricht somit dem 7-fachen Wert der Liquiditätserfordernis. Die Liquiditätsbedeckungsquote auf Sicht von 12 Monaten liegt per 31.12.2023 bei LVM–Leben bei 7,37.

Durch die laufenden geplanten Einzahlungen über das Gesamtjahr ist eine Deckung der geplanten Auszahlungen gewährleistet. Die Anlage in Tages- und Termingelder dient der Liquiditätsreserve sowie der Steuerung temporärer Liquiditätsüberschüsse, die für künftige geplante Auszahlungen benötigt werden.

Risikokonzentrationen im Bereich der Tages- und Termingelder werden durch die Festlegung und laufende Überwachung interner Kontrahentenlimite reduziert.

Risikominderungsmaßnahmen

Bei LVM–Leben wird dem Liquiditätsrisiko durch eine revolvierende Finanzplanung sowie durch eine laufende Überwachung und Steuerung der zu erwartenden Ein- und Auszahlungen Rechnung getragen. Im Rahmen von Abweichungsanalysen werden die Gründe eventueller Abweichungen untersucht. Die Steuerung der Veräußerbarkeit des Kapitalanlagenbestands wird durch die Einteilung in Klassen unterschiedlicher Liquidierbarkeit vorgenommen. Die Mindestanforderung an den durchschnittlichen Liquiditätsgrad der Kapitalanlagen ist in Form eines internen Limits vorgegeben.

Durch die dargestellten Maßnahmen wird das Liquiditätsrisiko unter Berücksichtigung des Grundsatzes der unternehmerischen Vorsicht begrenzt.

Stresstests und Sensitivitätsanalysen

Die Liquiditätsbedeckungsquoten werden zusätzlich Stressszenarien unterzogen. Es werden also ungünstige Ereignisse wie z. B. höhere Stornoquoten oder die erschwerte Liquidierbarkeit (Fungibilität) von Kapitalanlagen aufgrund geänderter Marktbedingungen berücksichtigt. Die verwendeten Szenarioannahmen werden jährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Die Ergebnisse der Berechnungen zeigen, dass auch unter der Berücksichtigung ungünstiger Entwicklungen in der Kombination einer höheren Schaden- bzw. Stornoquote mit gleichzeitig eingeschränkter Liquidierbarkeit der Kapitalanlagen deutliche Überdeckungen der erforderlichen Liquiditätsbeträge bestehen. Auch die langfristigen Liquiditätsbedeckungsquoten, die auf Basis von Projektionsrechnungen für den Zeitraum der Unternehmensplanung von fünf Jahren ermittelt werden, weisen unter Einbeziehung von Stressszenarien konstante Überdeckungen aus.

C.5 Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet das Risiko von Verlusten aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen oder aus mitarbeitenden- und systembedingten sowie externen Vorfällen. Das operationelle Risiko umfasst auch Rechtsänderungs- und Compliance-Risiken, jedoch nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken.

Für einen wirksamen und effizienten Umgang mit dem operationellen Risiko haben alle Abteilungen und Bereiche vorab definierte Standardmaßnahmen getroffen. Zu diesen gehört insbesondere die Einrichtung eines IKS, in welchem risikoadäquate Kontrollen innerhalb aller wesentlichen Geschäftsprozesse durchgeführt werden. Das dokumentierte IKS umfasst insbesondere die Überwachung aller für operationelle Risiken anfälligen wesentlichen Geschäftsprozesse. Darüber hinaus hat die LVM Versicherung für Krisenfälle eine Notfallplanung erarbeitet, mit der die Kontinuität der wichtigsten Geschäftsprozesse auch in Krisenzeiten aufrechterhalten werden soll. Die LVM Versicherung nimmt weiterhin an der Kommunikation mit dem LKRZV teil. Diese Institution hat das Ziel, sicherheitsrelevante Erkenntnisse direkt an alle Mitglieder des GDV und das BSI weiterzugeben. Ergänzend sind alle Abteilungen dazu angehalten, mindestens alle für die Geschäftsprozesse wichtigen Funktionen zu identifizieren und für diese eine Stellvertreterregelung zu schaffen.

Alle Abteilungen und Bereiche überprüfen die Wirksamkeit und Angemessenheit der Standardmaßnahmen laufend und dokumentieren gegebenenfalls notwendige Änderungen. Im Rahmen der regelmäßigen Jahres-Risikoinventur sowie IKS-Inventur werden die Vollständigkeit und die Aktualität der jeweiligen Dokumentationen durch die uRCF abgefragt.

In der Standardformel wird der Wert des operationellen Risikos in Höhe von 42.226 Tsd. € (Vj. 39.742 Tsd. €) durch einen pauschalen Ansatz ermittelt. Im Rahmen des Wesentlichkeitskonzepts für quantifizierbare Risiken ist das operationelle Risiko für LVM-Leben somit als wesentlich anzusehen. Eine interne Analyse hat ergeben, dass die in der Risikoinventur ermittelten Einzelrisiken der Kategorie operationelles Risiko durch diesen pauschalen Ansatz als ausreichend bedeckt angesehen werden.

Darüber hinaus werden konzernweit für bestimmte operationelle Einzelrisiken Szenarioanalysen durchgeführt. Dabei werden u. a. die folgenden operationellen Einzelrisiken einheitlich bewertet:

- Ausfall von Technik/IT
- Ausfall von Mitarbeitenden
- Ausfall von Gebäude/Gebäudeteilen und deren Infrastruktur
- Nichtverfügbarkeit der Daten durch einen Cyberangriff

Daneben werden Rechtsänderungsrisiken und Compliance-Risiken überwacht. Unter Compliance wird die Einhaltung der relevanten externen (und ggf. unternehmensinternen) Regelungen verstanden. Compliance-Risiken bezeichnen somit das Risiko, welches sich aus der Nichteinhaltung dieser Anforderungen ergibt. Bei der LVM Versicherung

werden die Compliance-Risiken systematisch identifiziert und erfasst. Im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Risiko- und Compliance-Inventuren dokumentieren alle Abteilungen die wesentlichen Compliance-Risiken. Die identifizierten Compliance-Risiken sind in den bestehenden Risikomanagementprozess integriert und werden in den jeweiligen Ressort- und Konzern-Risikokomitee-Sitzungen behandelt.

C.6 Andere wesentliche Risiken

Strategisches Risiko

Das strategische Risiko ergibt sich aus allen geschäftspolitischen Entscheidungen. Zu dem strategischen Risiko zählt auch das Risiko, das sich daraus ergibt, dass Geschäftsentscheidungen nicht einem geänderten Wirtschaftsumfeld angepasst werden. Grundlage für die Risikobetrachtung ist ein mehrjähriger Beurteilungszeitraum, der den strategischen Planungszeitraum des Unternehmens abbildet. Um das strategische Risiko zu begrenzen, wird das Wirtschaftsumfeld laufend beobachtet. Sollten wesentliche Änderungen festgestellt werden, die eine Anpassung der Geschäftsentscheidungen notwendig machen, wird darauf in angemessener Weise reagiert. Das strategische Risiko wird in der Quantifizierung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs nicht berücksichtigt. Der Fokus hierbei liegt auf den Risikosteuerungsmaßnahmen.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko ergibt sich aus einer möglichen Beschädigung des Rufs des Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit (z. B. bei Kunden, Geschäftspartnern, Behörden). Aufgrund der Ein-Marken-Strategie der LVM-Versicherungsgesellschaften wird das Reputationsrisiko auf Gruppenebene überwacht und gesteuert. Das Reputationsrisiko wird in der Quantifizierung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs nicht berücksichtigt. Der Fokus hierbei liegt auf den Risikosteuerungsmaßnahmen.

Risikoexponierungen aufgrund von Zweckgesellschaften und außerbilanziellen Posten

LVM–Leben verfügt derzeit über keine Zweckgesellschaften gemäß Artikel 13 der Solvency II-Rahmenrichtlinie und über keine außerbilanzielle Positionen.

Konzentrationsrisiko

Risikokonzentrationen sind alle mit einem Ausfallrisiko behafteten Engagements der Unternehmen einer Gruppe, die groß genug sind, um die Solvabilität oder die allgemeine Finanzlage eines oder mehrerer der beaufsichtigten Gruppenunternehmen zu gefährden.

Bei LVM–Leben wurden neben den in Abschnitt C.2 dargestellten Kapitalanlagekonzentrationen keine weiteren wesentlichen Konzentrationen identifiziert.

C.7 Sonstige Angaben

Weitere wesentliche Informationen über das Risikoprofil sind für den Berichtszeitraum nicht zu berichten.

D Bewertung für Solvabilitätszwecke

Im Nachfolgenden werden die Bewertungsmethoden der Solvenzbilanz sowie die Differenzen zwischen der Solvenzbilanz und der Handelsbilanz beschrieben.

D.1 Vermögenswerte

In der Handelsbilanz werden die Kapitalanlagen mit ihren Buchwerten bilanziert. Diese Buchwerte basieren auf den Anschaffungskosten der Vermögensgegenstände im Kaufzeitpunkt. In der Folgezeit können sich die Buchwerte durch planmäßige bzw. außerplanmäßige Abschreibungen oder durch Zuschreibungen verändern. Maßgeblich für diese Anpassungen sind die handelsrechtlichen Vorschriften. Im Kaufzeitpunkt vorhandene Agien oder Disagien werden über die Laufzeit verteilt aufgelöst. Die Bewertungsmethoden in der Handelsbilanz sind im Anhang des Geschäftsberichts 2023 auf den Seiten 202 und 203 erläutert. Dieser Bericht kann unter www.lvm.de/geschaeftsberichte aufgerufen werden.

In der Solvenzbilanz werden die Kapitalanlagen dagegen mit ihren Marktwerten bilanziert. Für die Ermittlung dieser aktuellen Marktwerte wird die in Artikel 10 der Delegierten Verordnung genannte Bewertungshierarchie angewendet. Soweit möglich werden aktuell am Markt gehandelte Preise für die Bewertung der jeweiligen Vermögenswerte verwendet (Mark-to-Market-Bewertung). Für Anlagen ohne notierte Marktpreise an aktiven Märkten wird geprüft, ob an aktiven Märkten notierte Marktpreise ähnlicher Vermögenswerte als Grundlage der Bewertung herangezogen werden können. Zwischen den Vermögenswerten bestehende Unterschiede werden durch entsprechende Anpassungen berücksichtigt. Für Anlagen, deren Markt ggf. intransparent oder nicht liquide ist, wird für die Preisermittlung auf gängige alternative Bewertungsmethoden zurückgegriffen (Mark-to-Model-Bewertung). Die Bewertung wird dabei weitestmöglich auf relevante Marktdaten und so wenig wie möglich auf unternehmensspezifische Inputfaktoren abgestellt.

Bewertung der Kapitalanlagen

In der nachfolgenden Tabelle werden die Bilanzwerte für die Kapitalanlagen der Solvenz- und der Handelsbilanz dargestellt. Die Differenzen resultieren zum einen aus der Bewertungsmethodik. In der Solvenzbilanz werden Marktwerte angesetzt und in der Handelsbilanz werden die handelsrechtlichen Bewertungsmaßstäbe verwendet. Darüber hinaus resultieren die Differenzen zwischen der Solvenzbilanz und der Handelsbilanz bei den Bilanzposten Anleihen (Staatsanleihen und Unternehmensanleihen), Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente, sonstige Darlehen und Hypotheken aus bestehenden Zinsforderungen. In der Tabelle werden die wesentlichen Ursachen für die Abweichungen zwischen der Solvenzbilanz und der Handelsbilanz als 'davon'-Größen dargestellt (davon aus Marktbewertung bzw. davon aus Zinsforderung):

Kapitalanlagen					
Bilanzposten Tsd. €	Solvenz- bilanz	Handels- bilanz	Differenz	davon aus Markt- bewertung	davon aus Zins- forderung
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	222.995	163.007	59.988	59.988	0
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	127.289	118.426	8.863	8.863	0
Aktien – notiert	5.477	5.477	0	0	0
Aktien – nicht notiert	49.195	39.810	9.385	9.385	0
Staatsanleihen	4.137.129	5.581.531	-1.444.402	-1.490.755	46.353
Unternehmensanleihen	2.454.955	2.889.899	-434.944	-462.195	27.251
Strukturierte Schuldtitel	0	0	0	0	0
Besicherte Wertpapiere	0	0	0	0	0
Organismen für gemeinsame Anlagen	1.654.323	1.490.192	164.130	164.130	0
Derivate	0	0	0	0	0
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente	122.367	122.168	198	0	198
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	429.811	429.811	0	0	0
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	413.510	477.030	-63.520	-63.520	0
Sonstige Darlehen und Hypotheken	35.300	39.524	-4.224	-4.233	9
Policendarlehen	2.715	2.715	0	0	0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	1.208	1.208	0	0	0
Summe	9.656.273	11.360.798	-1.704.525	-1.778.336	73.811

Die Marktwerte der Immobilien werden nach dem Ertragswertverfahren ermittelt. Die Objektwerte hängen nach dem Ertragswertverfahren stark von den zukünftig kalkulierten Erträgen der Immobilien ab. Diese sind in der Hauptsache die Mieterträge, die erzielt werden können. Neben dem erzielbaren Ertrag sind für die Wertermittlung der Immobilien Faktoren wie Bodenwert, Bewirtschaftungskosten, Alter der Immobilien und der Liegenschaftszins von wesentlicher Bedeutung. Dieses Verfahren wird für ca. 2% der gesamten Kapitalanlagen angewendet.

Die Ermittlung der Marktwerte der Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen, und der nicht notierten Aktien erfolgt, soweit kein Börsenkurs vorliegt, anhand eines vereinfachten Ertragswertverfahrens oder mit dem Nettoinventarwert. Für Beteiligungen von untergeordneter Bedeutung wird der Wert der Handelsbilanz angesetzt. Der Anteil der verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen, und der nicht notierten Aktien an den gesamten Kapitalanlagen beträgt ca. 2%. Für notierte Aktien wird als Zeitwert grundsätzlich der Börsen- bzw. Marktpreis zugrunde gelegt.

Zur Bestimmung der Marktwerte von Anleihen (Staatsanleihen und Unternehmensanleihen) wird differenziert zwischen börsennotierten und nicht börsennotierten Kapitalanlagen. Die Marktwerte von börsennotierten Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden grundsätzlich aus dem Börsen- oder Marktpreis abgeleitet. Bei nicht börsennotierten Kapitalanlagen mit fester Laufzeit, zu denen auch die Darlehen zählen, erfolgt die Marktwertermittlung durch Abzinsung der zukünftigen Einzahlungsüberschüsse (Erträge sowie Nennwertrückzahlung) unter Berücksichtigung von Renditekurven, die das Risiko der jeweiligen Papiere widerspiegeln. Im Rahmen der Klassifizierung der Papiere werden u. a. die Kriterien „Art der Besicherung“, „Emittent“, „Land“ und „Rating“ verwendet. In den Werten der Solvenzbilanz sind auch die aufgelaufenen Stückzinsen enthalten. Diese werden in der Spalte „davon aus Zinsforderung“ ausgewiesen. Den großen Teil der Differenz zwischen der Handels- und Solvenzbilanz macht momentan die Marktbewertung aus. Die maßgebliche Rolle dabei spielt die

Zinsentwicklung. Durch das in den vergangenen Jahren insgesamt gestiegene Zinsniveau sind die Marktwerte der festverzinslichen Anlagen im Saldo unter den Buchwert gesunken. Die Marktwerte steigen bei kürzer werdender Restlaufzeit der Papiere im Bestand, da die Rückzahlung der Papiere bei Fälligkeit zum Nennwert erfolgt. Zur Ermittlung der Marktwerte von Hypotheken, nicht börsenfähigen rentenähnlichen Genussscheinen, nachrangigen Darlehen sowie Darlehen, die in Zusammenhang mit Beteiligungsinvestments vergeben werden, wird das Ertragswertverfahren unter Zugrundelegung einer Renditekurve sowie adäquater Zuschläge verwendet. Die Marktwerte der Policendarlehen basieren auf der handelsrechtlichen Bewertung. Zinsforderungen werden berücksichtigt. Der Anteil sämtlicher Anleihen und Darlehen an den gesamten Kapitalanlagen beträgt ca. 73%.

Die Marktwertermittlung für die Anteile an Investmentvermögen (Organismen für gemeinsame Anlagen) sowie der Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge erfolgt anhand der durch die jeweilige KVG veröffentlichten Anteilspreise. Die KVG ermittelt die Anteilspreise auf Basis der börsennotierten Kurse der von dem Fonds gehaltenen Anlagen bzw. bei Immobilienfonds auf Basis der Marktwerte der von dem Fonds gehaltenen Immobilien. Die Bewertung von Exchange-Traded Funds (ETFs) erfolgt mit dem Börsenpreis. Anlagen in Private Equity und Infrastruktur werden mit dem Nettoinventarwert bewertet. Das Verfahren wird für ca. 22% der Kapitalanlagen verwendet.

Für die Marktwertermittlung von Derivaten (Vorkäufe sowie Forwarddarlehen) werden modellbasierte Bewertungsmethoden verwendet. Die Marktwerte der Vorkäufe werden unter Berücksichtigung einer risikoadäquaten Renditekurve, die das Risiko des jeweiligen Papiers berücksichtigt, ermittelt. Bei den Forwarddarlehen wird der Marktwert unter Verwendung einer Renditekurve, die um einen anlagegerechten Spread ergänzt wird, ermittelt. Negative Ergebnisse der Derivate werden bei den Verbindlichkeiten ausgewiesen und erläutert. Vorkäufe und Forwarddarlehen bestehen aktuell mit einem Nominalwert in Höhe von ca. 3% bezogen auf den Solvenzbilanzwert der gesamten Kapitalanlagen.

Basis für die Ermittlung der Marktwerte der Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente sind die Nominalwerte. Währungsumrechnungen und Zinsforderungen werden gegebenenfalls berücksichtigt. Bezogen auf die gesamten Kapitalanlagen ist dieses Verfahren nur von geringfügiger Bedeutung.

Die Marktwerte der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente werden zum Nominalwert ausgewiesen. Bezogen auf die gesamten Kapitalanlagen ist dieses Verfahren nur von geringfügiger Bedeutung.

Durch den Zinsanstieg am Geld- und Kapitalmarkt in den vergangenen Jahren sind die Marktwerte der im Bestand befindlichen festverzinslichen Anlagen gesunken. Die Differenz dieser gesunkenen Marktwerte zu den Werten der Handelsbilanz wird als Differenz aus der Marktbewertung ausgewiesen. Anteilige stichtagsbezogene Zinsforderungen zu den einzelnen festverzinslichen Anlagen werden in der Spalte Differenz aus Zinsforderungen ausgewiesen. Die Differenz aus Marktbewertung bei den Organismen für gemeinsame Anlagen, Aktien (nicht notiert) und Anteilen an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen, resultiert aus der positiven Wertentwicklung der von LVM-Leben gehaltenen nicht börsennotierten Beteiligungen in den vergangenen Jahren. Auch

beim Bilanzposten Immobilien übersteigt der Marktwert den Wertansatz in der Handelsbilanz.

Bewertung der sonstigen Vermögenswerte

Sonstige Vermögenswerte (ohne Kapitalanlagen)			
Bilanzposten	Solvenz- bilanz	Handels- bilanz	Differenz
2023 in Tsd. €			
Immaterielle Vermögenswerte	0	12.140	-12.140
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen (Lebensversicherung und Krankenversicherungen nach Art der Lebensversicherung außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundene LV)	7.506	19.579	-12.073
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	4.631	118.749	-114.118
Forderungen gegenüber Rückversicherern	47	47	0
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	4.952	5.175	-223
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	29.751	185.381	-155.630
Summe	46.887	341.071	-294.184
Vorjahr in Tsd. €			
Immaterielle Vermögenswerte	0	14.393	-14.393
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen (Lebensversicherung und Krankenversicherungen nach Art der Lebensversicherung außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundene LV)	344	18.523	-18.179
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	4.342	108.910	-104.568
Forderungen gegenüber Rückversicherern	0	0	0
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	6.710	7.135	-425
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	40.471	206.237	-165.766
Summe	51.867	355.198	-303.331
Veränderung zum Vorjahr in Tsd. €			
Immaterielle Vermögenswerte	0	-2.253	2.253
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen (Lebensversicherung und Krankenversicherungen nach Art der Lebensversicherung außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundene LV)	7.162	1.056	6.106
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	289	9.839	-9.550
Forderungen gegenüber Rückversicherern	47	47	0
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	-1.758	-1.960	202
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	-10.720	-20.856	10.136
Summe	-4.980	-14.127	9.147

Für die in der Handelsbilanz ausgewiesenen immateriellen Vermögenswerte besteht kein aktiver Markt, daher erfolgt in der Solvenzbilanz ein Ansatz mit null €. Der Bewertungsunterschied beträgt -12.140 Tsd. € (Vj. -14.393 Tsd. €).

In der Handelsbilanz wird vom Wahlrecht Gebrauch gemacht, den Aktivüberhang an latenten Steuern nicht anzusetzen. In der Solvenzbilanz werden die latenten Steuern gem. IAS 12.74 saldiert. Nach der Verrechnung verbleibt eine latente Steuerschuld. Zur Ermittlung der latenten Steuern siehe Ausführungen unter Kapitel D.3 Sonstige Verbindlichkeiten.

Die einforderbaren Beträge aus Rückversicherung sind in der Handelsbilanz auf der Passivseite von den versicherungstechnischen Rückstellungen abzusetzen, für die Solvenzbilanz sind sie auf der Aktivseite auszuweisen. Für die bessere Vergleichbarkeit wurde der entsprechende Wert ebenfalls in der Handelsbilanz umgliedert. Der

Bewertungsunterschied beträgt -12.073 Tsd. € (Vj. -18.179 Tsd. €). Eine ausführliche Erläuterung erfolgt unter Punkt D.2 Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen.

Forderungen sind in der Handelsbilanz mit dem Nennwert zu bewerten, soweit nicht Einzel- oder Pauschalwertberichtigungen vorzunehmen sind.

Die Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern sind in der Solvenzbilanz gemäß IFRS 9 mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Pauschalwertberichtigungen sind nicht zulässig. Durch den Wegfall der Pauschalwertberichtigungen ist der Ausweis in der Solvenzbilanz höher als in der Handelsbilanz.

Der Anteil der Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern, der noch nicht fällig ist (aktivierte Abschlusskosten), ist in die Ermittlung der versicherungstechnischen Rückstellungen eingegangen. Der Bewertungsunterschied resultiert aus:

Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern		
Bewertungsunterschied	2023	2022
	Tsd. €	Tsd. €
Aktivierte Abschlusskosten	-117.938	-107.968
Pauschalwertberichtigung	3.820	3.400
Summe	-114.118	-104.568

Forderungen gegenüber Rückversicherern sind gemäß IAS 39 (Kredite & Forderungen) mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten, d. h. langfristige Forderungen sind abzuzinsen. Da nur Fälligkeiten < 1 Jahr bestehen, muss nicht abgezinst werden, es bestehen keine Bewertungsunterschiede.

Der Posten in der Solvenzbilanz Forderungen (Handel, nicht Versicherung) beinhaltet die sonstigen Forderungen der Handelsbilanz inklusive der dort ausgewiesenen Zinsforderungen aus Kapitalanlagen. Die sonstigen Forderungen sind gemäß IFRS 9 mit dem beizulegenden Zeitwert anzusetzen. Pauschalwertberichtigungen sind nicht zulässig. Die Zinsforderungen aus Kapitalanlagen sind in der Solvenzbilanz in den Kapitalanlagen enthalten.

Der Bewertungsunterschied besteht aus den Zinsforderungen aus Kapitalanlagen und beträgt -223 Tsd. € (Vj. -425 Tsd. €).

Der Posten in der Solvenzbilanz Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte beinhaltet die vorausgezählten Versicherungsleistungen, die fremdgenutzten Sachanlagen und die Steuererstattungsansprüche, die in der Handelsbilanz im Posten Sonstige Vermögensgegenstände ausgewiesen werden sowie die Rechnungsabgrenzungsposten, für die es in der Handelsbilanz einen separaten Posten gibt.

In der Solvenzbilanz sind die vorausgezählten Versicherungsleistungen mit dem beizulegenden Zeitwert und die fremdgenutzten Sachanlagen nach dem Neubewertungsmodell zu bewerten. Aus Proportionalitätsgründen werden diese mit den in der Handelsbilanz angesetzten Werten bewertet. Dadurch ergibt sich kein Bewertungsunterschied.

Steuererstattungsansprüche sind gemäß IAS 12 mit dem Betrag anzusetzen, um den der bereits gezahlte Betrag den geschuldeten Betrag übersteigt. Fälligkeiten > 1 Jahr sind abzuzinsen. In der Handelsbilanz sind die Anschaffungskosten, d. h. der Zahlbetrag anzusetzen. Die Zinsforderungen aus Kapitalanlagen sind in der Solvenzbilanz in den Kapitalanlagen enthalten. In der Handelsbilanz sind Agien, Disagien und Stückzinsen auf Finanzinstrumente in den Rechnungsabgrenzungsposten auszuweisen. Bei allen sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten entspricht die Solvenzbilanz der Handelsbilanz.

Der Bewertungsunterschied resultiert aus:

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte		
Bewertungsunterschied	2023	2022
	Tsd. €	Tsd. €
Agio für Namensschuldverschreibungen	-82.230	-88.152
Zinsforderungen aus Kapitalanlagen	-73.400	-77.614
Summe	-155.630	-165.766

D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen

Grundlagen, Methoden und Annahmen

In der Solvenzbilanz werden die versicherungstechnischen Rückstellungen grundsätzlich durch eine Bewertung der möglichen Zahlungsströme, die den Verpflichtungen zuzurechnen sind, ermittelt.

Für die Berechnung des besten Schätzwerts (Best Estimate) im Rahmen der versicherungstechnischen Rückstellungen wird das vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) und seinen Mitgliedsunternehmen entwickelte Branchensimulationsmodell (BSM) verwendet.

Für die jeweiligen Barwertbildungen und die Fortschreibung der Kapitalanlage wird die „maßgebliche risikofreie Zinsstrukturkurve“ mit einem Credit Risk Adjustment von derzeit 10 Basispunkten und einem Volatility Adjustment von derzeit 20 Basispunkten verwendet.

Der beste Schätzwert setzt sich aus den folgenden Posten zusammen:

- Erwartungswert der Rückstellungen für garantierte Leistungen
- Zeitwert der zukünftigen Überschussbeteiligung
- Zeitwert der Optionen und Garantien
- Versicherungstechnische Rückstellungen für die fondsgebundene Lebensversicherung

Für die Berechnung des besten Schätzwerts erfordert das BSM zahlreiche Eingabeparameter zur Fortschreibung des aktuellen Versicherungs- und Kapitalanlagebestands. Im Folgenden werden die wichtigsten dieser Parameter beschrieben.

- Im BSM wird im Rahmen der Kapitalanlage in 3 verschiedene Anlageklassen investiert: Zinstitel, Aktien und Immobilien. Der Anteil der Zinstitel und der Immobilien am Portfolio wird für LVM-Leben mit Hilfe einer dynamischen Asset Allokation ermittelt. Dazu müssen ein Zielanteil, ein Mindestanteil und ein höchster Anteil vorgegeben werden. Zur Erreichung der jeweiligen Zielquoten werden entweder Zinstitel verkauft oder es wird gleichmäßig in Zinstitel innerhalb eines vorgegebenen Restlaufzeitbands investiert.
- Die Aufteilung des Rohüberschusses geschieht im BSM auf der Basis einer Zielbeteiligung der Versicherungsnehmer am Rohüberschuss und einer Verzinsungsanforderung des handelsrechtlichen Eigenkapitals.
- Zur Bestimmung des Werts von Versicherungsnehmeroptionen ist im BSM ein stochastisches Versicherungsnehmerverhalten implementiert. In Abhängigkeit der Abweichung der Gesamtverzinsung von einem „marktüblichen“ Referenzzins werden im BSM die Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten angepasst.

Ein weiterer Bestandteil der versicherungstechnischen Rückstellungen ist die Risikomarge. Um den marktkonsistenten Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen zu erhalten, wird dem besten Schätzwert ein Risikozuschlag (Risikomarge) hinzugerechnet. Dieser Risikozuschlag wird mit der sogenannten Kapitalkostenmethode (Cost of Capital method) bestimmt. Diese Methode basiert auf der Vorstellung, dass ein Versicherungsunternehmen (oder Kapitalgeber eines Versicherungsunternehmens) eine Vergütung für die Übernahme des Risikos erwartet. Ein Versicherungsunternehmen muss nicht nur versicherungstechnische Rückstellungen bilden, es muss auch weiteres risikotragendes Kapital halten. Das Versicherungsunternehmen oder der Kapitalgeber möchte für die Bereitstellung dieses Kapitals vergütet werden. Die Risikomarge ist der Betrag des erforderlichen Kapitals multipliziert mit dem Kapitalkostensatz (aktuell 6%). Der Kapitalbedarf bei der Berechnung der Risikomarge bezieht sich nur auf den Solvenzkapitalbedarf für die Risiken, die dem gegenwärtigen Versicherungsportfolio eigen sind.

Da die für die Berechnung der Risikomarge benötigten zukünftigen Solvenzkapitalanforderungen lediglich mit einem internen Modell bestimmt werden können, wird die Vereinfachungsstufe 1 der EIOPA-Leitlinien zur Bewertung von versicherungstechnischen Rückstellungen (EIOPA-BoS-14/166; Leitlinie 62) zur Ermittlung der zukünftigen Kapitalanforderungen angewendet.

LVM-Leben verzichtet seit dem 31.10.2023 auf die Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen gem. §352 VAG, d. h. der Abzugsterm („Rückstellungs-Transitional“) ist ab sofort Null.

Ergebnisrelevante Änderungen der bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen zugrunde gelegten relevanten Annahmen gegenüber dem vorangegangenen Berichtszeitraum wurden nicht durchgeführt.

Quantitative Darstellung der versicherungstechnischen Rückstellungen

Zum 31.12.2023 sind die gesamten versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß Solvency II-Bewertung mit 8.442.149 Tsd.€ berechnet worden, davon 8.520.903 Tsd.€ für Versicherungen mit Überschussbeteiligung, -405.907 Tsd.€ für Krankenversicherungen und 327.152 Tsd.€ für indexgebundene und fondsgebundene Versicherungen. Die

Risikomarge für den Gesamtbestand ergibt sich zu 96.617 Tsd.€, der Abzugsterm zu 0 Tsd.€.

Versicherungstechnische Rückstellungen (Netto)		
in Tsd. €	2023	2022
Versicherungstechnische Rückstellungen in der Solvenzbilanz	8.442.149	7.571.145
vt. Rückstellungen – Versicherung mit Überschussbeteiligung	8.520.903	7.131.809
Best Estimate	8.505.895	8.211.725
Risikomarge	15.008	91.542
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen	0	10
Abzugsterm	0	1.171.448
vt. Rückstellungen – Krankenversicherung	-405.907	167.601
Best Estimate	-479.997	-392.757
Risikomarge	81.597	44.870
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen	7.506	334
Abzugsterm	0	-515.822
vt. Rückstellungen – Indexgebundene und fondsgebundene Versicherung	327.152	271.735
Best Estimate	327.140	247.537
Risikomarge	12	45
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen	0	0
Abzugsterm	0	-24.153
Versicherungstechnische Rückstellungen in der Handelsbilanz	10.817.120	10.669.849
vt. Rückstellungen – Versicherung mit Überschussbeteiligung	9.770.802	9.727.304
vt. Rückstellungen gemäß Bilanz abzgl. freie RfB und SÜA-Fonds	9.446.052	9.367.035
Ansammlungsguthaben	324.750	360.269
vt. Rückstellungen – Krankenversicherung	673.386	664.893
vt. Rückstellungen gemäß Bilanz abzgl. freie RfB und SÜA-Fonds	669.243	660.471
Ansammlungsguthaben	4.143	4.422
vt. Rückstellungen – Indexgebundene und fondsgebundene Versicherung	372.931	277.652
vt. Rückstellungen gemäß Bilanz abzgl. freie RfB und SÜA-Fonds	372.931	277.652
Ansammlungsguthaben	0	0

Qualitative Erläuterung der Unterschiede zwischen der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Handelsbilanz und in der Solvenzbilanz.

Die Bewertungsmethoden in der Handelsbilanz und in der Solvenzbilanz unterscheiden sich deutlich.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen in der Handelsbilanz setzen sich aus den folgenden Posten zusammen:

- I. Beitragsüberträge
- II. Deckungsrückstellung (konventionelle und fondsgebundene Versicherungen)
- III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle
- IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung (RfB)

Die Bewertungsmethoden für diese Posten können dem Anhang zum Jahresabschluss im Geschäftsbericht von LVM–Leben entnommen werden. Der bei LVM–Leben mit Abstand größte Posten, die Deckungsrückstellung für die konventionellen Lebensversicherungen, wird auf Basis von Rechnungsgrundlagen erster Ordnung (inklusive Sicherheitszuschlägen) und mit dem jeweils garantierten Rechnungszins bestimmt. In der Handelsbilanz bleiben zukünftig erwartete Überschüsse bei der Bewertung der

versicherungstechnischen Rückstellungen außen vor. Die RfB enthält nur in der Vergangenheit realisierte, noch nicht endgültig an die Versicherungsnehmer zugeteilte Überschüsse.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen in der Solvenzbilanz setzen sich aus den folgenden Posten zusammen:

- I. Erwartungswert der Rückstellungen für garantierte Leistungen
- II. Zeitwert der zukünftigen Überschussbeteiligung
- III. Zeitwert der Optionen und Garantien
- IV. Versicherungstechnische Rückstellungen für die fondsgebundene Lebensversicherung
- V. Risikomarge

Der Erwartungswert der Rückstellungen für garantierte Leistungen lässt sich in etwa mit der Deckungsrückstellung der konventionellen Versicherungen in der Handelsbilanz vergleichen. Der Unterschied ergibt sich aus den zugrunde liegenden Rechnungsgrundlagen. Im Gegensatz zur Handelsbilanz werden in der Solvenzbilanz Rechnungsgrundlagen zweiter Ordnung, die im Vergleich zu den Rechnungsgrundlagen erster Ordnung keine Sicherheitszuschläge enthalten, verwendet. Statt des jeweils garantierten Rechnungszinses wird für die Diskontierung die maßgebliche risikolose Zinsstrukturkurve inklusive Credit Risk Adjustment und Volatility Adjustment verwendet.

Die Basis des Marktwerts der zukünftigen Überschussbeteiligung bildet die Aufteilung der in der Zukunft entstehenden Überschüsse auf die Versicherungsnehmer und das Versicherungsunternehmen unter Berücksichtigung der Mindestzuführungsverordnung. Der Marktwert der zukünftigen Überschussbeteiligung entsteht durch Diskontierung des Versicherungsnehmeranteils an den zukünftigen Überschüssen zuzüglich des Barwerts der zukünftigen Zuführungen und Entnahmen der zum Stichtag vorhandenen nicht festgelegten RfB sowie durch Abzug des sogenannten Überschussfonds (Erwägungsgrund 51, Artikel 78(3) SII-RL).

Der Zeitwert der Optionen und Garantien (TVOG) ergibt sich im Simulationsmodell im Wesentlichen durch Vergleich des deterministisch bestimmten Best Estimate mit einem stochastisch bestimmten Best Estimate:

$$\text{TVOG} = (\text{BE}^{\text{Stoch}} - \text{SF}^{\text{Stoch}}) - (\text{BE}^{\text{Det}} - \text{SF}^{\text{Det}})$$

Dabei stehen BE^{Stoch} bzw. BE^{Det} für den stochastischen bzw. deterministischen Best Estimate und SF^{Stoch} bzw. SF^{Det} für den stochastischen bzw. deterministischen Überschussfonds (Surplus Funds).

Ein Pendant zur Risikomarge der Solvenzbilanz existiert bei der Bewertungsmethodik der Handelsbilanz nicht.

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen und gegenüber Zweckgesellschaften

Für Berufsunfähigkeitsversicherungen werden die einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen mit Hilfe des Branchensimulationsmodells bewertet. Da die handelsbilanzielle Deckungsrückstellung für die Rückversicherung zu 100% und die Rückversicherungsbeiträge zu über 90% auf die Berufsunfähigkeitsversicherung entfallen, werden die einforderbaren Beträge aus dem Geschäftsbereich „Versicherung mit Überschussbeteiligung“ aufgrund ihrer geringen Materialität in der Solvenzbilanz nicht berücksichtigt.

Zweckgesellschaften (SPV) werden von LVM-Leben nicht eingesetzt.

Aktuarielle Einschätzung zur Unsicherheit

Die dargestellten Methoden und Annahmen sind konsistent zur Solvency II-Richtlinie 2009/138/EG. Es werden alle ein- und ausgehenden Zahlungsströme berücksichtigt, die zur Abrechnung der Versicherungsverbindlichkeiten während ihrer Laufzeit benötigt werden. Die Rückstellungen werden mittels allgemein anerkannter aktuarieller Methoden berechnet. Durch Rücksprache und Diskussion mit den Fachabteilungen wird sichergestellt, dass die Spartenbesonderheiten hinreichend berücksichtigt werden.

Die für das Branchensimulationsmodell benötigten Cashflows (Leistungen, Beiträge etc.) liegen Rechnungsgrundlagen zweiter Ordnung zugrunde. Die Herleitung dieser Rechnungsgrundlagen orientiert sich im Wesentlichen am DAV-Hinweis „Best Estimate in der Lebensversicherung“ vom 26.1.2010 und basiert auf Bestandsauswertungen. Mit diesem Vorgehen geht ein gewisses Schätzrisiko einher, da von Werten aus der Vergangenheit auf Werte in der Zukunft geschlossen wird. Die Qualität der Prognosen wird regelmäßig überwacht.

Die Ermittlung der Risikomarge ist ebenfalls von den verwendeten Projektionscashflows abhängig und beinhaltet somit auch einen Grad der Unsicherheit.

Die Überprüfung der Angemessenheit der versicherungstechnischen Rückstellungen wird kontinuierlich durch die versicherungsmathematische Funktion sichergestellt. Die Bewertungsgrundlagen und die Bewertungsprozesse werden darüber hinaus von der Risikomanagementfunktion und von der Internen Revision überprüft.

Die zukünftigen Maßnahmen des Managements sind entsprechend der Geschäftsstrategie im Modell berücksichtigt.

Der einkalkulierte Gewinn aus zukünftigen Prämien (EPIFP) unterliegt der Unsicherheit, dass diese Prämien möglicherweise aufgrund von Beitragsfreistellungen oder Beendigung von Verträgen nicht in der erwarteten Höhe erzielt werden.

Das zukünftige Verhalten der Versicherungsnehmer in Bezug auf die Änderung der Storno- oder Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten aufgrund von Zinsveränderungen wird über Managementparameter berücksichtigt. Die Parameter werden unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Fachabteilung festgelegt. Da es sich um Schätzwerte handelt, unterliegen sie jedoch naturgemäß einer gewissen Unsicherheit.

Anwendung von LTG-Maßnahmen

LVM-Leben verwendet nur noch das Volatility Adjustment und nicht mehr den vorübergehenden Abzug gemäß Artikel 308 d der Richtlinie 2009/138/EG („Rückstellungs-Transitional“, „RT“). Für das Volatility Adjustment liegt die entsprechende Genehmigung durch die BaFin vor. Der Genehmigungsbescheid für die Anwendung der Übergangsmäßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen gem. §352 VAG hat seine Wirksamkeit zum 31.10.2023 verloren.

Da das Volatility Adjustment direkt auf die maßgebliche risikolose Zinsstrukturkurve wirkt, hat seine Anwendung einen direkten Einfluss auf die Höhe der versicherungstechnischen Rückstellungen, die Solvenzkapitalanforderung, die Mindestkapitalanforderung, die Basiseigenmittel und den Betrag der auf die Solvenzkapitalanforderung und die Mindestkapitalanforderung anrechenbaren Eigenmittel.

Die Auswirkung, welche die Nichtanwendung des Volatility Adjustments (VA) auf die Finanzlage von LVM-Leben hätte, wurden analysiert, indem eine zusätzliche Berechnung ohne Anwendung des VA durchgeführt wurde. In der folgenden Tabelle sind die wesentlichen Ergebnisse der Berechnungen mit und ohne VA dargestellt:

	mit VA Tsd. €	ohne VA Tsd. €
Vt. Rückstellungen	8.442.149	8.473.370
Solvenzkapitalanforderung (SCR)	135.018	131.493
Mindestkapitalanforderung (MCR)	60.758	59.172
Basiseigenmittel	964.765	943.511
auf SCR anrechenbare Eigenmittel	1.032.274	1.009.258
auf MCR anrechenbare Eigenmittel	964.765	943.511

D.3 Sonstige Verbindlichkeiten

Sonstige Verbindlichkeiten			
Bilanzposten	Solvenz- bilanz	Handels- bilanz	Differenz
2023 in Tsd. €			
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	27.051	28.204	-1.153
Depotverbindlichkeiten (aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft)	19.579	19.579	0
Latente Steuerschulden	74.682	0	74.682
Derivate	144.437	0	144.437
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	5.412	334.305	-328.893
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	1.978	1.978	0
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	15.540	68.659	-53.119
In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	93.680	100.000	-6.320
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	0	1.774	-1.774
Summe	382.359	554.499	-172.140
Vorjahr in Tsd. €			
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	21.736	22.860	-1.124
Depotverbindlichkeiten (aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft)	18.523	18.523	0
Latente Steuerschulden	246.014	0	246.014
Derivate	213.617	0	213.617
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	6.063	370.754	-364.691
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	2.406	2.406	0
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	15.596	85.897	-70.301
In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	91.060	100.000	-8.940
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	0	1.620	-1.620
Summe	615.015	602.060	12.955
Veränderung zum Vorjahr in Tsd. €			
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	5.315	5.344	-29
Depotverbindlichkeiten (aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft)	1.056	1.056	0
Latente Steuerschulden	-171.332	0	-171.332
Derivate	-69.180	0	-69.180
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	-651	-36.449	35.798
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	-428	-428	0
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	-56	-17.238	17.182
In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	2.620	0	2.620
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	0	154	-154
Summe	-232.656	-47.561	-185.095

Unter dem Posten Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen in der Solvenzbilanz fallen die in der Handelsbilanz verwendeten Bilanzposten Steuerrückstellungen sowie Sonstige Rückstellungen. In der Handelsbilanz sind die Steuerrückstellungen mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag, d. h. dem Zahlbetrag anzusetzen, bei langfristigen Rückstellungen ist abzuzinsen. Nach IAS 12 muss der Betrag angesetzt werden, den der geschuldete Betrag den bereits gezahlten Betrag übersteigt, auch hier muss bei einer Restlaufzeit von > 1 Jahr abgezinst werden. Da die Steuerrückstellungen nur kurzfristig sind, entfällt eine Abzinsung. Es ergibt sich kein Bewertungsunterschied.

Die sonstigen Rückstellungen werden in der Handelsbilanz in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt, für die Solvenzbilanz nach IAS 37 mit dem bestmöglichen Schätzwert, bei dem auch die Eintrittswahrscheinlichkeit berücksichtigt wird.

Die in der Handelsbilanz enthaltenen Rückstellungen für Innenverpflichtungen dürfen unter den internationalen Rechnungslegungsstandards nicht angesetzt werden. Die Abzinsung der sonstigen Rückstellungen erfolgt in der Handelsbilanz mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz, für die Solvenzbilanz mit dem Zinssatz, der die spezifischen Risiken der Verpflichtung und die Marktsituation widerspiegelt. Da der Zinssatz in der Solvenzbilanz nach IFRS höher ist als in der Handelsbilanz, ist der Rückstellungsbetrag in der Solvenzbilanz niedriger.

Der Bewertungsunterschied in Höhe von -1.153 Tsd. € (VJ. -1.124 Tsd. €) besteht aus den Rückstellungen für Innenverpflichtungen.

Für die Depotverbindlichkeiten (aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft) wird unter Anwendung des Wesentlichkeitsgrundsatzes der HGB-Wert in die Solvenzbilanz übernommen.

In der Handelsbilanz wird das Wahlrecht gemäß §274 Abs. 1 Satz 2 HGB ausgeübt, den Aktivüberhang an latenten Steuern nicht anzusetzen. In der Solvenzbilanz werden die latenten Steuern in Übereinstimmung mit IAS 12 ermittelt. Sie berechnen sich aus den temporären Bewertungsunterschieden zwischen Solvenz- und Steuerbilanz multipliziert mit den ratifizierten Steuersätzen des jeweiligen Landes, die zum Abschlussstichtag anwendbar bzw. verabschiedet sind. Die aktiven und passiven latenten Steuern werden in der Solvenzbilanz gemäß IAS 12.74 saldiert ausgewiesen.

Nach der Verrechnung verbleibt ein Überhang an latenten Steuerschulden. Die latenten Steuerschulden resultieren i.W. aus folgenden Bilanzposten:

Latente Steuern Geschäftsjahr	
Bewertungsunterschied	2023 Tsd. €
Staatsanleihen	494.367
Unternehmensanleihen	154.825
Derivate - Verbindlichkeiten	46.111
Restliche Posten	41.080
Latente Steueransprüche	736.383
versicherungstechnische Rückstellungen - Lebensversicherung	362.406
versicherungstechnische Rückstellungen - Krankenversicherung	348.355
Organismen für gemeinsame Anlagen	62.348
Restliche Posten	37.956
Latente Steuerschulden	811.065
Saldierung	-736.383
Gesamt	74.682

Latente Steuern Vorjahr	
Bewertungsunterschied	2022 Tsd. €
Staatsanleihen	505.625
Unternehmensanleihen	200.110
Derivate – Verbindlichkeiten	68.197
Restliche Posten	45.480
Latente Steueransprüche	819.412
versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung	759.037
versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung	164.509
Organismen für gemeinsame Anlagen	74.964
Restliche Posten	66.916
Latente Steuerschulden	1.065.426
Saldierung	-819.412
Gesamt	246.014

Der Bewertungsunterschied der Derivate beträgt 144.437 Tsd. € (Vj. 213.617 Tsd. €). Die Marktwertermittlung der Derivate wird in Kapitel D1.1 Vermögenswerte beschrieben.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern sind mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten, d.h. langfristige Verbindlichkeiten sind abzuzinsen. Da nur kurzfristige Verbindlichkeiten bestehen, muss nicht abgezinst werden. Bei dem Unterschiedsbetrag in Höhe von -328.893 Tsd. € (Vj. -364.691 Tsd. €) handelt es sich um die Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmern aus gutschriebenen Gewinnanteilen, die in der Solvenzbilanz in den versicherungstechnischen Rückstellungen berücksichtigt werden.

Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern sind mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten, d.h. langfristige Verbindlichkeiten sind abzuzinsen. Da nur Fälligkeiten < 1 Jahr bestehen, muss nicht abgezinst werden, es bestehen keine Bewertungsunterschiede.

Verbindlichkeiten Handel (nicht Versicherung) sind mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten, d.h. langfristige Verbindlichkeiten sind abzuzinsen. Da nur kurzfristige Verbindlichkeiten bestehen, muss nicht abgezinst werden. Die in diesem Posten enthaltenen Steuerverbindlichkeiten sind nach IAS 12 mit dem Betrag anzusetzen, den der geschuldete Betrag den bereits gezahlten übersteigt. Fälligkeiten > 1 Jahr sind abzuzinsen. In der Handelsbilanz ist der Erfüllungsbetrag anzusetzen. Der Wert nach IAS 12 entspricht dem Erfüllungsbetrag. Im Vorjahr wurden die in der Handelsbilanz als Verbindlichkeiten ausgewiesenen Negativzinsen in der Solvenzbilanz in den Kapitalanlagen berücksichtigt. Die in der Handelsbilanz gemäß IDW RS HFA 18 in den sonstigen Verbindlichkeiten passivierten Liquiditätsrückflüsse der Beteiligungsunternehmen werden in der Solvenzbilanz nicht angesetzt, da die Rückzahlungen bereits im Zeitwert der Kapitalanlagen berücksichtigt wurden. Es liegen zu diesen Rückzahlungen noch keine Gesellschaftsbeschlüsse vor. Aus diesem Grund wird unterstellt, dass es sich bei den Zahlungen komplett um Kapitalrückzahlungen handelt. Bei dem Ausweis in der Solvenzbilanz handelt es sich um eine reine Bilanzverkürzung.

Der Bewertungsunterschied resultiert aus Verbindlichkeiten gemäß IDW RS HFA 18 in Höhe von -53.119 Tsd. € (Vj. -70.301 Tsd. €).

Der Posten In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten enthält das Genussrechtskapital. Die Differenz zwischen der Handelsbilanz und den Marktwerten der Solvenzbilanz resultiert aus der Bewertungsmethodik. In der Solvenzbilanz werden Marktwerte angesetzt und in der Handelsbilanz werden die handelsrechtlichen Bewertungsmaßstäbe verwendet. Der Bewertungsunterschied beträgt -6.320 Tsd. € (Vj. -8.940 Tsd. €).

Unter dem Solvenzbilanzposten Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten fällt der Rechnungsabgrenzungsposten der Handelsbilanz. Hier werden in der Handelsbilanz die Mietvorauszahlungen, Zinsvorauszahlungen und Disagien aus Namensschuldverschreibung ausgewiesen. Die Mietvorauszahlungen sind in der Solvenzbilanz gemäß IFRS 1.27 (Periodenabgrenzung) ebenfalls unter dem Abgrenzungsposten auszuweisen. Die Zinsvorauszahlungen und Disagien sind nicht separat abzugrenzen. Sie sind im Marktwert der Kapitalanlagen berücksichtigt und somit in den Kapitalanlagen enthalten.

Der Bewertungsunterschied in Höhe von -1.774 Tsd. € (Vj. -1.620 Tsd. €) besteht aus dem Disagio aus Namensschuldverschreibungen.

D.4 Alternative Bewertungsmethoden

Im Bereich der Kapitalanlagen werden alternative Bewertungsmethoden verwendet, sofern keine Preise aus aktiven und liquiden Märkten zur Verfügung stehen. Die Bewertung mit alternativen Methoden hat das Ziel, einen ökonomischen Wert zu bestimmen, zu dem die bewerteten Vermögensgegenstände zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht werden können. Welche alternativen Methoden unter Einhaltung der Bewertungshierarchie gemäß Artikel 10 DVO zum Einsatz kommen, kann den entsprechenden Ausführungen zu den Bewertungsmethoden im Kapitel D.1 entnommen werden. Im Rahmen der Bewertung werden ausschließlich marktgängige und etablierte Methoden zur alternativen Wertfindung verwendet. Die Anforderungen aus Artikel 263 DVO werden berücksichtigt.

D.5 Sonstige Angaben

Sonstige Angaben, die einen wesentlichen Einfluss auf die Bewertung für Solvenzzwecke haben, sind die Haftungsverhältnisse und sonstigen finanziellen Verpflichtungen.

LVM-Leben ist Mitglied des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer und hat sich verpflichtet der Protektor Lebensversicherungs-AG finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen. Zum 31.12.2023 bestand eine maximale Zahlungsverpflichtung von 84.695 Tsd. € (Vj. 89.283 Tsd. €).

Durch die Beteiligung an Private Equity Gesellschaften bestehen für die nächsten Jahre vertraglich zugesagte Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 189.093 Tsd. € (Vj. 241.348 Tsd. €).

E Kapitalmanagement

E.1 Eigenmittel

Ziel des Kapitalmanagements ist es, die jederzeitige Bedeckung der Kapitalanforderung zu gewährleisten.

LVM-Leben verfügt über eine Kapitalmanagementleitlinie, in der die wesentlichen Verfahren zum Kapitalmanagement und -plan festgelegt werden. Der Kapitalmanagementplan bezieht sich auf den Planungshorizont der LVM-Gruppe und beläuft sich auf einen Zeitraum von 5 Jahren (2024 bis 2028). Die strategische Planung ist Grundlage für den ORSA-Prozess und fließt neben den ORSA-Ergebnissen in den Kapitalmanagementplan mit ein.

Aufgrund der ORSA-Ergebnisse, die über den Geschäftsplanungshorizont eine komfortable Solvenzsituation bescheinigen, ist innerhalb der nächsten 5 Jahre keine zusätzliche Emission von Eigenmitteln erforderlich.

Bei einer Dividendenausschüttung muss die Ausschüttungssperre laut LVRG beachtet werden. Diese besagt, dass wenn der Sicherungsbedarf höher als die Bewertungsreserven auf Zinstitel ist, keine Ausschüttung von Bilanzgewinn und Gewinnrücklagen vorgenommen werden darf. Dann erfolgt eine Einstellung des Bilanzgewinns in die anderen Gewinnrücklagen. Ansonsten wird die Höhe der Dividende so festgelegt, dass eine modifizierte Eigenkapitalquote einen vorgegebenen Wert erreicht. Vom Jahresüberschuss wird der gesetzliche Anteil den Rücklagen und nach dem Gewinnverwendungsbeschluss der nicht als Dividende vorgesehene Teil des Bilanzgewinns den anderen Gewinnrücklagen zugeführt, um damit das Eigenkapital bzw. die Eigenmittel zu stärken. Die Dividende wird im Folgejahr gemäß Beschluss ausgeschüttet. Derzeit besteht keine Ausschüttungssperre laut LVRG mehr.

Sollte eine Ausschüttung möglich sein, wird vor dem Beschluss der Dividendenausschüttung gemäß der Leitlinie „Kapitalmanagement“ überprüft, ob durch die Ausschüttung die Solvenzsituation von LVM-Leben gefährdet sein könnte. Bei einer Gefährdung ist die Ausschüttung aufzuschieben bzw. auszusetzen. Der Bilanzgewinn 2023 soll vollständig in die Gewinnrücklagen eingestellt werden.

Die verfügbaren Eigenmittel setzen sich aus folgenden Posten zusammen:

Zusammensetzung der verfügbaren Eigenmittel		
	2023	2022
	Tsd. €	Tsd. €
Basiseigenmittel (Tier 1)		
Grundkapital	135.000	135.000
Emissionsagio	1.023	1.023
Überschussfonds	374.631	428.469
Ausgleichsrücklage	360.492	754.279
nachrangige Verbindlichkeiten	93.680	91.060
Abzüge für Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten	61	61
Basiseigenmittel	964.765	1.409.770
Ergänzende Eigenmittel (Tier 2)		
nicht eingezahltes und nicht eingefordertes Grundkapital	150.000	150.000
verfügbare Eigenmittel	1.114.765	1.559.770

Sämtliche Basiseigenmittel fallen – gegenüber dem Vorjahr unverändert – in die Tier 1-Kategorie, wobei für das Genussrechtskapital (nachrangige Verbindlichkeiten) die Übergangsregelung in Anspruch genommen wird.

Die Bewertung von Grundkapital und Emissionsagio ist in der Solvenz- und Handelsbilanz identisch.

Der Überschussfonds entspricht dem Teil der zum Bewertungsstichtag vorhandenen handelsrechtlichen RfB, der zum Ausgleich von Verlusten verwendet werden darf und nicht auf festgelegte Überschussanteile entfällt. Der Rückgang des Überschussfonds (-53.838 Tsd. €) resultiert vor allem aus dem gesunkenen Kapitalanlageergebnis in 2023.

LVM-Leben hat Genussscheine (nachrangige Verbindlichkeiten) an den LVM a.G. im Gesamtnennwert in Höhe von 100.000 Tsd. € ausgegeben. Die Genussscheine sind in 5 jeweils auf den Namen des LVM a.G. lautenden Urkunden mit einem Nennbetrag vom 20.000 Tsd. € gestückelt und verbrieft. Bei Vorliegen eines Jahresüberschusses hat der Genussscheininhaber einen Anspruch auf eine jährliche Ausschüttung in Höhe von 5% des Nennwerts eines Genussscheins. Zur Ermittlung des Zeitwerts der Genussscheine wird das Ertragswertverfahren unter Zugrundelegung einer Zinsstrukturkurve sowie adäquater Zuschläge verwendet. Die Laufzeit dieser nachrangigen Verbindlichkeiten endet am 31.12.2027 und verlängert sich danach ohne Kündigung jeweils um ein weiteres Jahr.

Von den Eigenmitteln ist der Marktwert der Beteiligung Protektor Lebensversicherungs-AG abzuziehen, da auf Gruppenebene die benötigten Informationen vom Unternehmen nicht verfügbar sind.

Die ergänzenden Eigenmittel bestehen aus nicht eingezahltem und nicht eingefordertem Grundkapital. Gemäß Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung vom 14.11.2016 erfolgte bei LVM-Leben eine Grundkapitalerhöhung um 200.000 Tsd. €, wovon 150.000 Tsd. € noch nicht eingefordert sind. Diese wurde vollständig vom LVM a.G. gezeichnet. Die ergänzenden Eigenmittel sind der Qualitätsklasse Tier 2 zuzuordnen. Die Bafin hat hierzu die Genehmigung am 22.3.2017 erteilt.

Die Zusammensetzung der Ausgleichsrücklage ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

Zusammensetzung der Ausgleichsrücklage		
	2023	2022
	Tsd. €	Tsd. €
Differenz bei der Bewertung der Vermögenswerte	-1.998.709	-2.144.077
./. Differenz bei der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen	-2.148.710	-2.873.099
./. Differenz bei der Bewertung der sonstigen Verbindlichkeiten	-172.140	12.956
+ Gesamtbetrag der Rücklagen und einbehaltenen Gewinne im Jahresabschluss	38.351	84.838
./. Vorhersehbare Dividende	0	46.625
Ausgleichsrücklage gesamt	360.492	754.279

Ein negatives Vorzeichen bedeutet, dass der Wert in der Solvenzbilanz geringer als in der Handelsbilanz ist.

Der Rückgang der Differenz resultiert bei der Bewertung der Vermögenswerte vor allem aus den gestiegenen Marktwerten bei festverzinslichen Wertpapieren. Verantwortlich hierfür ist das gegenüber 2022 gesunkene Zinsniveau. Durch die Rückgabe des Rückstellungs-Transitionals erhöhen sich die Marktwerte der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Solvenzbilanz gegenüber dem Vorjahr und somit verringert sich die Differenz bei der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen. Gegenläufig wirkt hierbei der Zinseffekt. Bei der Bewertung der sonstigen Verbindlichkeiten sind maßgeblich für die Erhöhung der absoluten Differenz die geringe Bewertungsdifferenz bei den Derivaten sowie den latenten Steuerschulden. Der Bilanzgewinn 2022 wurde vollständig ausgeschüttet.

Der größte Anteil der Ausgleichsrücklage (89,4%; Vj. 88,8%) resultiert aus der Neubewertung von Aktiva bzw. Passiva und ist somit einer gewissen Volatilität ausgesetzt. Das Asset Liability Management ist in den jährlichen Planungs- und ORSA-Prozess eingebettet. Ausgangspunkt des ALM-Prozesses ist die Unternehmensplanung. Unter Zugrundelegung bestimmter Annahmen (insbesondere Entwicklungen der Kapitalmärkte, Entwicklung des Neugeschäfts in der Versicherungstechnik etc.) wird über einen Planungszeitraum von mindestens fünf Jahren die Entwicklung der Eigenmittel und der Solvenzkapitalanforderungen prognostiziert. Die aus der Planung abgeleiteten Zeitwerte und Duration der versicherungstechnischen Rückstellungen werden bei der Aktualisierung der Strategischen Asset Allokation (SAA) berücksichtigt. In Stressszenarien werden Abweichungen von Planungsannahmen untersucht.

Das handelsrechtliche Eigenkapital betrug am betrachteten Stichtag 174.374 Tsd. €. Ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Eigenkapital der Handelsbilanz und dem für Solvabilitätszwecke berechneten Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten ergibt sich aus dem in der Solvenzbilanz eigenmittelfähigen Teil der RfB (374.631 Tsd. €). Der andere wesentliche Unterschied ergibt sich aus der Differenz zwischen der handelsrechtlichen Bewertung und der Bewertung für Solvabilitätszwecke (inkl. latenter Steuern) von 322.141 Tsd. €, die in der Ausgleichsrücklage enthalten ist.

Zusammensetzung der für das MCR und SCR anrechenbaren Eigenmittel		
	2023 Tsd. €	2022 Tsd. €
verfügbare Eigenmittel SCR	1.114.765	1.559.770
anrechenbare Eigenmittel SCR	1.032.274	1.480.484
davon Tier 1	964.765	1.409.770
davon Tier 2	67.509	70.714
verfügbare Eigenmittel MCR	964.765	1.409.770
anrechenbare Eigenmittel MCR	964.765	1.409.770
davon Tier 1	964.765	1.409.770
davon Tier 2	0	0
SCR (Standardformel)	135.018	141.428
MCR (Standardformel)	60.758	63.643

Die anrechnungsfähigen Beträge der Tier 2-Bestandteile dürfen höchstens 50% der Solvenzkapitalanforderung ausmachen sowie höchstens 20% der Mindestkapitalanforderung. Bei der Mindestkapitalanforderung dürfen ergänzende Eigenmittelbestandteile nicht berücksichtigt werden, womit das nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Grundkapital nicht anrechenbar ist. Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr bei den verfügbaren Eigenmittel resultierten aus den vorab beschriebenen Veränderungen der Basiseigenmittel. Bei der Veränderung der anrechenbaren Eigenmittel ist zusätzlich die Kappung der Tier 2-Eigenmittel zu berücksichtigen.

Es existieren keine Einschränkungen zur Übertragung der Eigenmittel innerhalb des Unternehmens.

E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

Zur Berechnung der Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung wird für alle Risiko- und Untermodule die Standardformel verwendet. Vereinfachte Berechnungen und unternehmensspezifische Parameter werden nicht verwendet. Für die endgültigen Werte zu den nachfolgenden Solvabilitätskapitalanforderungen steht die aufsichtliche Prüfung gemäß Art. 297 Abs. 2 Buchstabe (a) DVO noch aus.

Die Solvenzkapitalanforderung von LVM-Leben beträgt zum Ende des Berichtszeitraums 135.018 Tsd. € (Vj. 141.428 Tsd. €). Die Mindestkapitalanforderung errechnet sich zum Stichtag 31.12.2023 als 45,0% (Vj. 45,0%) der Solvenzkapitalanforderung und beträgt somit 60.758 Tsd. € (Vj. 63.643 Tsd. €).

In der folgenden Tabelle sind die Solvenzkapitalanforderungen nach Risikomodulen der Standardformel für den Bewertungsstichtag aufgeführt. Zwischen dem Marktrisiko, dem Ausfallrisiko und dem versicherungstechnischen Risiko ergibt sich eine Diversifikation in Höhe von -53.048 Tsd. € (Vj. -59.430 Tsd. €). Die Risikoadjustierung durch latente Steuern beträgt -63.323 Tsd. € (Vj. -64.038 Tsd. €).

Kapitalanforderungen		
	2023	2022
	Tsd. €	Tsd. €
Mindestkapitalanforderung	60.758	63.643
Solvenzkapitalanforderung	135.018	141.428
Marktrisiko	116.831	62.820
Ausfallrisiko	0	0
Versicherungstechnisches Risiko Leben	45.654	117.214
Versicherungstechnisches Risiko Kranken	46.678	45.121
Operationales Risiko	42.226	39.742

Gegenüber dem Beginn des Berichtszeitraums hat sich die Kapitalanforderung insgesamt kaum, die Zusammensetzung aber deutlich verändert. Das Marktrisiko ist aufgrund eines deutlichen Anstiegs des Aktien- und Immobilienrisikos bei gleichzeitigem Rückgang des Zinsänderungsrisikos fast doppelt so hoch wie im Vorjahr. Das versicherungstechnische Risiko Leben hat sich mehr als halbiert, da insbesondere das Massenstornorisiko durch die Zinsentwicklung deutlich zurückgegangen ist. Die Höhe der beiden Teilrisiken versicherungstechnisches Risiko Kranken und Operationales Risiko entspricht ungefähr dem Vorjahresniveau.

E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Deutschland hat keinen Gebrauch von der Option gemacht, die Verwendung eines durationsbasierten Submoduls Aktienrisiko zuzulassen. Das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko wird entsprechend auch von LVM-Leben nicht verwendet.

E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen

LVM-Leben verwendet die Standardformel.

E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung

LVM-Leben hat über das gesamte Jahr 2023 die Solvenz- und Mindestkapitalanforderungen erfüllt.

E.6 Sonstige Angaben

Weitere wesentliche Informationen über das Kapitalmanagement sind für den Berichtszeitraum nicht zu berichten.

Abkürzungsverzeichnis und Begriffserläuterung

AAB	Augsburger Aktienbank AG (ab dem 31.3.2023 AAB Management GmbH)
Abs.	Absatz
a. D.	außer Dienst
a. G.	auf Gegenseitigkeit
AG	Aktiengesellschaft
AIF	Alternativer Investmentfonds nach §1 Absatz 3 des Kapitalanlage- gesetzbuchs
Art.	Artikel
AEM	alternative equity method, angepasste Eigenkapital-Methode
anr.	anrechenbar
Ausgleichsrücklage	SCR-Ausgleichssaldo
AVM	alternative valuation methods, alternative Bewertungsmethoden
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BP	Basispunkte
BSCR	Basis Solvenzkapitalanforderung
BSI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
BSM	Branchensimulationsmodell
BVK	Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute e. V.
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
BZRG	Bundeszentralregistergesetz
CMS	Compliance-Managementsystem, bezeichnet die Gesamtheit der im Unternehmen eingerichteten Maßnahmen und Prozesse, um Regel- konformität sicherzustellen
CRA III	Ratingagenturen

CRR	Capital Requirements Regulation, EU-Richtlinie und -Verordnung, welche auf europäischer Ebene die bankaufsichtlichen Regelungen umsetzen, die im Wesentlichen auf dem Basel III-Regelwerk beruhen
d. h.	das heißt
DV	Datenverarbeitung
DVO	Delegierte Verordnung (EU) 2015/35 der Kommission vom 10.10.2014
ebase	European Bank for Financial Services GmbH
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority, Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung
EM-Staatsanleihen	Emerging Markets Staatsanleihen, Staatsanleihen von Schwellenländern
EPIFP	Expected Profit included in Future Premiums, bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn
ESG	Ökonomischer Szenarien Generator
etc.	et cetera, und so weiter
FDL GmbH	LVM Finanzdienstleistungen GmbH
f. e. R.	für eigene Rechnung
ff.	folgende
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch
IAS	International Accounting Standards (Internationale Rechnungslegungsstandards)
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer
IDW RS HFA 18	Bilanzierung von Anteilen an Personenhandelsgesellschaften im handelsrechtlichen Jahresabschluss

IFRS	International Financial Reporting Standards (Internationale Rechnungslegungsstandards)
IKS	internes Kontrollsystem
inkl.	inklusive
IT	Informationstechnik
i. V. m.	in Verbindung mit
i.W.	im Wesentlichen
LKRZV	Lage- und Krisenreaktionszentrum für IT Sicherheit der deutschen Versicherungswirtschaft GmbH
KVG	Kapitalverwaltungsgesellschaft
LAS	LVM Agentur System
LVM a. G.	LVM Landwirtschaftlicher Versicherungsverein Münster a. G.
LVM-Kranken	LVM Krankenversicherungs-AG
LVM-Leben	LVM Lebensversicherungs-AG
LVM-Pensionsfonds	LVM Pensionsfonds-AG
MaGo	Aufsichtsrechtliche Mindestanforderungen an die Geschäftsordnung von Versicherungsunternehmen
MCR	Minimum Capital Requirement, Mindestkapitalanforderung
n. a.	not available, nicht verfügbar
n.A.d.LV	nach Art der Lebensversicherung
n.A.d.SV	nach Art der Schadenversicherung
NGFS	Network for Greening the Financial System, weltweites Netzwerk von Zentralbanken und Aufsichtsbehörden, das sich für ein nachhaltiges Finanzsystem einsetzt
Nr.	Nummer
OCR	Own Capital Requirement, Kapitalbedarf der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung der quantifizierbaren Risiken
OFS	Other Financial Sector, andere Finanzbranchen

o. g.	oben genannt
OpRisk	operationelles Risiko
ORSA	Own Risk and Solvency Assessment, unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung
OTC-Derivate	Over The Counter – Derivate, außerbörslich gehandelte Derivate
p. a.	pro anno, jährlich
PFM	Portfolio Management
PKV	private Krankenversicherung
PRIIP	Packaged Retail and Insurance–Based Investment Products, verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte, die einem Anlagerisiko unterliegen
QMP	quoted market price, notierter Marktwert auf aktiven Märkten für identische Kapitalanlagen
QMPS	quoted market price in active markets for similar assets, notierter Marktwert auf aktiven Märkten für ähnliche Kapitalanlagen
QRT	Quantitative Reporting Template, Meldeformulare zur Übermittlung der in Säule III von Solvency II geforderten quantitativen Berichtspflichten.
s.	siehe
SA	symmetrische Anpassung
SAA	Strategic Asset Allocation, strategische Vermögensallokation
SCR	Solvency Capital Requirement, Solvenzkapitalanforderung
SFCR	Solvency and Financial Condition Report, Bericht zur Solvenz- und Finanzlage
Solvenzquote	SCR-Bedeckungsquote
SPV	Special Purpose Vehicle, Zweckgesellschaft
RMS	Risikomanagementsystem
RSP	Risikosteuerung/Projektion
RSR	Regular Supervisory Report, regelmäßiger aufsichtlicher Bericht

RüC	Risikoüberwachung/Compliance
u. a.	unter anderen
UBR	Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr
UFR	Ultimate Forward Rate, Zinssatz zur Berechnung der langfristigen risikofreien Zinsstrukturkurve zur Bewertung der versicherungstechnischen unter Solvency II
uRCF	unabhängige Risikocontrollingfunktion
U-Kasse	LVM Unterstützungskasse GmbH
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VAIT	Rundschreiben zu den „Versicherungsaufsichtlichen Anforderungen an die IT“
vgl.	vergleiche
Vj.	Vorjahr
VmF	versicherungsmathematische Funktion
vt	versicherungstechnisch
WaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
z. B.	zum Beispiel
ZÜB	zukünftige Überschussbeteiligung
zzgl.	zuzüglich

Anhang Meldebögen

Auf den nachfolgenden Seiten sind die Meldebögen für den Bericht über Solvabilität und Finanzlage dargestellt, die gemäß der Durchführungsverordnung (EU) 2015/2452 der europäischen Kommission vom 2. Dezember 2015 veröffentlicht werden müssen. In dieser sind die Formate der Meldebögen fest vorgegeben.

Alle Zahlen in den Meldebögen, die Geldbeträge wiedergeben, sind in Tsd.€ dargestellt.

S.02.01.02**Bilanz****Vermögenswerte**

Immaterielle Vermögenswerte
Latente Steueransprüche
Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen
Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf
Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)
Immobilien (außer zur Eigennutzung)
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen
Aktien
Aktien – notiert
Aktien – nicht notiert
Anleihen
Staatsanleihen
Unternehmensanleihen
Strukturierte Schuldtitel
Besicherte Wertpapiere
Organismen für gemeinsame Anlagen
Derivate
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten
Sonstige Anlagen
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge
Darlehen und Hypotheken
Policendarlehen
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen
Sonstige Darlehen und Hypotheken
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:
Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen
Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen
Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen
nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen
Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen
Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden
Depotforderungen
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern
Forderungen gegenüber Rückversicherern
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)
Eigene Anteile (direkt gehalten)
In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte, aber noch nicht eingezahlte Mittel
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte
Vermögenswerte insgesamt

	Solvabilität-II- Wert C0010
R0030	0
R0040	0
R0050	
R0060	
R0070	8.773.730
R0080	222.995
R0090	127.289
R0100	54.672
R0110	5.477
R0120	49.195
R0130	6.592.085
R0140	4.137.129
R0150	2.454.955
R0160	
R0170	
R0180	1.654.323
R0190	
R0200	122.367
R0210	
R0220	429.811
R0230	451.525
R0240	2.715
R0250	413.510
R0260	35.300
R0270	7.506
R0280	
R0290	
R0300	
R0310	7.506
R0320	7.506
R0330	0
R0340	0
R0350	
R0360	4.631
R0370	47
R0380	4.952
R0390	
R0400	
R0410	1.208
R0420	29.751
R0500	9.703.161

S.02.01.02**Bilanz****Verbindlichkeiten**

	Solvabilität-II- Wert C0010
	R0510
	R0520
	R0530
	R0540
	R0550
	R0560
	R0570
	R0580
	R0590
	R0600 8.122.503
	R0610 -398.400
	R0620
	R0630 -479.997
	R0640 81.597
	R0650 8.520.903
	R0660
	R0670 8.505.895
	R0680 15.008
	R0690 327.152
	R0700
	R0710 327.140
	R0720 12
	R0740
	R0750 27.051
	R0760
	R0770 19.579
	R0780 74.682
	R0790 144.437
	R0800
	R0810
	R0820 5.412
	R0830 1.978
	R0840 15.539
	R0850 93.680
	R0860 0
	R0870 93.680
	R0880 0
	R0900 8.832.015
	R1000 871.146

Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung
 Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung (außer
 Krankenversicherung)

Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet

Bester Schätzwert

Risikomarge

Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der
 Nichtlebensversicherung)

Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet

Bester Schätzwert

Risikomarge

Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und
 indexgebundenen Versicherungen)

Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der
 Lebensversicherung)

Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet

Bester Schätzwert

Risikomarge

Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer
 Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen)

Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet

Bester Schätzwert

Risikomarge

Versicherungstechnische Rückstellungen – fonds- und indexgebundene Versicherungen

Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet

Bester Schätzwert

Risikomarge

Eventualverbindlichkeiten

Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen

Rentenzahlungsverpflichtungen

Depotverbindlichkeiten

Latente Steuerschulden

Derivate

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern

Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)

Nachrangige Verbindlichkeiten

Nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten

In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten insgesamt

Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten

S.05.01.02

Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen

		Geschäftsbereich für: Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen (Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft)			Geschäftsbereich für: in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft				Gesamt
		Rechts- schutz- versiche- rung	Beistand	Verschiedene finanzielle Verluste	Krankheit	Unfall	See, Luftfahrt und Transport	Sach	
		C0100	C0110	C0120	C0130	C0140	C0150	C0160	
Gebuchte Prämien									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0110								
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0120								
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0130								
Anteil der Rückversicherer	R0140								
Netto	R0200								
Verdiente Prämien									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0210								
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0220								
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0230								
Anteil der Rückversicherer	R0240								
Netto	R0300								
Aufwendungen für Versicherungsfälle									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0310								
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0320								
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0330								
Anteil der Rückversicherer	R0340								
Netto	R0400								
Angefallene Aufwendungen	R0550								
Bilanz - Sonstige versicherungstechnische Aufw	R1210								
Gesamtaufwendungen	R1300								

		Geschäftsbereich für: Lebensversicherungsverpflichtungen						Lebensrückversicherungs- verpflichtungen		Gesamt
		Kranken- versiche- rung	Versicherung mit Überschuss- beteiligung	Index- und fondsgebun- dene Versicherung	Sonstige Lebensver- sicherung	Renten aus Nichtlebensver- sicherungsver- trägen und im Zusammenhang mit Krankenversiche- rungsverpflichtungen	Renten aus Nichtlebensver- sicherungsver- trägen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsver- pflichtungen (mit Ausnahme von Krankenversiche- rungsverpflichtungen)	Kranken- rückversiche- rung	Lebens- rückversiche- rung	
Gebuchte Prämien										
Brutto	R1410	162.327	616.183	94.857					873.368	
Anteil der Rückversicherer	R1420	10.018	1.020	0					11.038	
Netto	R1500	152.309	615.163	94.857					862.330	
Verdiente Prämien										
Brutto	R1510	162.346	618.015	94.857					875.218	
Anteil der Rückversicherer	R1520	10.127	1.030	0					11.158	
Netto	R1600	152.219	616.985	94.857					864.060	
Aufwendungen für Versicherungsfälle										
Brutto	R1610	14.698	630.240	20.291					665.229	
Anteil der Rückversicherer	R1620	2.833	76	0					2.909	
Netto	R1700	11.864	630.164	20.291					662.320	
Angefallene Aufwendungen	R1900	42.016	248.952	30.774					321.742	
Bilanz - Sonstige versicherungstechnische Aufw	R2510								-9.283	
Gesamtaufwendungen	R2600								312.459	
Gesamtbeitrag Rückkäufe	R2600	0	121.654	14.390					136.044	

S.12.01.02

Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung

	Krankenversicherung			Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen	Krankenrückversicherung (in Rückdeckung übernommenes Geschäft)	Gesamt (Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung)
	Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen oder Garantien				
	C0160	C0170	C0180	C0190	C0200	C0210
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0010					
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0020					
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge						
Bester Schätzwert						
Bester Schätzwert (brutto)	R0030		-479.997			-479.997
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen	R0080		7.506			7.506
Bester Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0090		-487.504			-487.504
Risikomarge	R0100	81.597				81.597
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0200	-398.400				-398.400

S.22.01.21

Auswirkung von langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen

		Betrag mit langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen	Auswirkung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen	Auswirkung der Übergangsmaßnahme bei Zinssätzen	Auswirkung einer Verringerung der Volatilitätsanpassung auf null	Auswirkung einer Verringerung der Matching-Anpassung auf null
		C0010	C0030	C0050	C0070	C0090
Versicherungstechnische Rückstellungen	R0010	8.449.655	0	0	31.221	0
Basiseigenmittel	R0020	964.765	0	0	-21.254	0
Für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähige Eigenmittel	R0050	1.032.274	0	0	-23.016	0
SCR	R0090	135.018	0	0	-3.525	0
Für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähige Eigenmittel	R0100	964.765	0	0	-21.254	0
Mindestkapitalanforderung	R0110	60.758	0	0	-1.586	0

**S.23.01.01
Eigenmittel**

Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen im Sinne von Artikel 68 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35

Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)
 Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio
 Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen
 Nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit
 Überschussfonds
 Vorzugsaktien
 Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio
 Ausgleichsrücklage
 Nachrangige Verbindlichkeiten
 Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche
 Sonstige, oben nicht aufgeführte Eigenmittelbestandteile, die von der Aufsichtsbehörde als Basiseigenmittel genehmigt wurden

Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

Abzüge

Abzug für Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten

Gesamtbetrag der Basiseigenmittel nach Abzügen

Ergänzende Eigenmittel

Nicht eingezahltes und nicht eingefordertes Grundkapital, das auf Verlangen eingefordert werden kann
 Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen, die nicht eingezahlt und nicht eingefordert wurden, aber auf Verlangen eingefordert werden können

Nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Vorzugsaktien, die auf Verlangen eingefordert werden können
 Eine rechtsverbindliche Verpflichtung, auf Verlangen nachrangige Verbindlichkeiten zu zeichnen und zu begleichen

Kreditbriefe und Garantien gemäß Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG
 Andere Kreditbriefe und Garantien als solche nach Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG
 Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG

Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung – andere als solche gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG

Sonstige ergänzende Eigenmittel

Ergänzende Eigenmittel gesamt

Zur Verfügung stehende und anrechnungsfähige Eigenmittel

Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel
 Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel
 Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel
 Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel

SCR

MCR

Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur SCR

Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur MCR

Ausgleichsrücklage

Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten
 Eigene Anteile (direkt und indirekt gehalten)
 Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte
 Sonstige Basiseigenmittelbestandteile

Anpassung für gebundene Eigenmittelbestandteile in Matching-Adjustment-Portfolios und Sonderverbänden

Ausgleichsrücklage

Erwartete Gewinne

Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Lebensversicherung
 Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Nichtlebensversicherung
Gesamtbetrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns (EPIFP)

	Gesamt	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
	C0010	C0020	C0030	C0040	C0050
R0010	135.000	135.000			
R0030	1.023	1.023			
R0040					
R0050					
R0070	374.631	374.631			
R0090					
R0110					
R0130	360.492	360.492			
R0140	93.680		93.680	0	0
R0160	0				0
R0180					
R0220	61				
R0230					
R0290	964.765	871.085	93.680	0	0
R0300	150.000			150.000	
R0310					
R0320					
R0330					
R0340					
R0350					
R0360					
R0370					
R0390					
R0400	150.000			150.000	
R0500	1.114.765	871.085	93.680	150.000	0
R0510	964.765	871.085	93.680	0	
R0540	1.032.274	871.085	93.680	67.509	0
R0550	964.765	871.085	93.680	0	
R0580	135.018				
R0600	60.758				
R0620	765%				
R0640	1588%				

	C0060
R0700	871.146
R0710	
R0720	0
R0730	510.654
R0740	
R0760	360.492
R0770	69.512
R0780	
R0790	69.512

S.25.01.21

Solvenzkapitalanforderung – für Unternehmen, die die Standardformel verwenden

Marktrisiko
 Gegenparteausfallrisiko
 Lebensversicherungstechnisches Risiko
 Krankenversicherungstechnisches Risiko
 Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko
 Diversifikation
 Risiko immaterieller Vermögenswerte
Basissolvenzkapitalanforderung

	Brutto-Solvenzkapitalanforderung	USP	Verein-fachungen
	C0110	C0090	C0120
R0010	980.604		
R0020	708		
R0030	570.456		
R0040	619.743		
R0050			
R0060	-611.966		
R0070	0		
R0100	1.559.544		

Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Operationelles Risiko
 Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen
 Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern
 Kapitalanforderung für Geschäfte nach Artikel 4 der Richtlinie 2003/41/EG

Solvenzkapitalanforderung ohne Kapitalaufschlag

Kapitalaufschlag bereits festgesetzt
 davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ a
 davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ b
 davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ c
 davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ d

Solvenzkapitalanforderung

Weitere Angaben zur SCR

Kapitalanforderung für das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko
 Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für den übrigen Teil
 Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Sonderverbände
 Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Matching-Adjustment-Portfolios
 Diversifikationseffekte aufgrund der Aggregation der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für Sonderverbände nach Artikel 304

Annäherung an den Steuersatz

Ansatz auf Basis des durchschnittlichen Steuersatzes

	C0100
R0130	42.226
R0140	-1.403.430
R0150	-63.323
R0160	
R0200	135.018
R0210	
R0211	
R0212	
R0213	
R0214	
R0220	135.018
R0400	
R0410	
R0420	
R0430	
R0440	

	Ja/Nein
	C0109
R0590	Approach not based on average tax rate

Berechnung der Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern

VAF LS
 VAF LS gerechtfertigt durch die Umkehrung der passiven latenten Steuern
 VAF LS gerechtfertigt durch Bezugnahme auf den wahrscheinlichen zukünftigen zu versteuernden wirtschaftlichen Gewinn
 VAF LS gerechtfertigt durch Rücktrag, laufendes Jahr
 VAF LS gerechtfertigt durch Rücktrag, zukünftige Jahre
 Maximum VAF LS

	VAF LS
	C0130
R0640	-63.323
R0650	-63.323
R0660	0
R0670	0
R0680	0
R0690	-63.323

S.28.01.01

Mindestkapitalanforderung – nur Lebensversicherungs- oder nur Nichtlebensversicherungs- oder Rückversicherungstätigkeit

Bestandteil der linearen Formel für Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

MCR_{NL}-Ergebnis

	C0010
R0010	0

	Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft) und versicherungs- technische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gebuchte Prämien (nach Abzug der Rückversicherung) in den letzten zwölf Monaten
	C0020	C0030
Krankheitskostenversicherung und proportionale Rückversicherung	R0020	
Einkommensersatzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0030	
Arbeitsunfallversicherung und proportionale Rückversicherung	R0040	
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0050	
Sonstige Kraftfahrtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0060	
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung und proportionale Rückversicherung	R0070	
Feuer- und andere Sachversicherungen und proportionale Rückversicherung	R0080	
Allgemeine Haftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0090	
Kredit- und Kautionsversicherung und proportionale Rückversicherung	R0100	
Rechtsschutzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0110	
Beistand und proportionale Rückversicherung	R0120	
Versicherung gegen verschiedene finanzielle Verluste und proportionale Rückversicherung	R0130	
Nichtproportionale Krankenrückversicherung	R0140	
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	R0150	
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	R0160	
Nichtproportionale Sachrückversicherung	R0170	

Bestandteil der linearen Formel für Lebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

	C0040
MCR _L -Ergebnis	R0200 176.952

	Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft) und versicherungs- technische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gesamtes Risikokapital (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft)
	C0050	C0060
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – garantierte Leistungen	R0210 6.457.947	
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – künftige Überschussbeteiligungen	R0220 1.560.445	
Verpflichtungen aus index- und fondsgebundenen Versicherungen	R0230 327.140	
Sonstige Verpflichtungen aus Lebens(rück)- und Kranken(rück)versicherungen	R0240	
Gesamtes Risikokapital für alle Lebens(rück)versicherungsverpflichtungen	R0250	24.087.472

Berechnung der Gesamt-MCR

	C0070
Lineare MCR	R0300 176.952
SCR	R0310 135.018
MCR-Obergrenze	R0320 60.758
MCR-Untergrenze	R0330 33.754
Kombinierte MCR	R0340 60.758
Absolute Untergrenze der MCR	R0350 4.000
	C0070
Mindestkapitalanforderung	R0400 60.758